Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlerbrück, Rönsahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Volme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Valbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr. 287 | Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 31 mm breit 6 Reichspfennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspfennig, Reklame 10 Reichspfennig. — Offertgebühren 10 Reichspfennig und Porto — | Halver Montag, den 8. Dezember | Erscheint: wöchentlich 6 mal. Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“ „Landmanns Sonntagsblatt“, Herd und Scholle“, — „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“. — | 1930

Die heutige Ausgabe umfaßt 8 Seiten

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Nach der Abstimmung im Reichstag bleibt die Notverordnung der Reichsregierung in Kraft
* Auf Grund der Notverordnung darf hierfort in Gaststätten und Hotelbetrieben Weizengebäck nicht mehr verabreicht werden.
* 50 000 Reiter, hauptsächlich aus ländlichen Reitervereinen, sind zu einem Stafettenritt durch Deutschland gestartet.
* Die Zahl der im Maastale durch einen geheimnisvollen „Giftnebel“ getöteten Personen soll sich auf über 60 belaufen.

Klärung.

Nicht eigentlich nur um Für oder Wider das Notprogramm der Regierung ging es bei der Abstimmung des Reichstages am 6. Dezember, sondern der Drehpunkt war das Schicksal des Kabinetts selbst. Wenn auch zunächst darüber abgestimmt wurde, ob die Notverordnung vom 1. Dezember außer Kraft gesetzt werden sollte oder nicht, so wußte man doch im Reichstag von rechts bis links, daß die Entscheidung über diesen Punkt gleichzeitig den Kern traf: Für oder wider das Kabinett Brüning.

Formell handelte davon allerdings erst die zweite Reihe der Anträge, jene nämlich, die verlangten, daß dem Kabinett das Mißtrauen des Reichstages ausgesprochen würde, so daß im Falle der Annahme dieser Anträge das Kabinett hätte zurücktreten müssen. Das gleiche bezweckte ein von den Nationalsozialisten gestellter Antrag, dem Kabinett das Vertrauen zu votieren, — wobei natürlich die Hoffnung maßgebend war, daß dieser Antrag nicht angenommen und damit dem Kabinett das Vertrauen versagt, also das Mißtrauen ausgesprochen würde. Die Antragsteller hätten also gegen ihren eigenen Antrag gestimmt. Die Frage aber, ob nun ein solcher Antrag überhaupt zulässig, überhaupt zur Abstimmung zu stellen sei oder nicht, ist im Reichstag auch zur Kraftprobe für oder wider Brüning geworden.

Wenn man sich nun einmal abseits jeder parteipolitischen Auseinandersetzung nur an den Wortlaut des hier in Frage kommenden Artikels 54 der Reichsverfassung hält, so steht man dabei auf einem überaus unsicheren Boden. Es gibt wohl kaum eine Regierung seit 1919, der formal und ausdrücklich das Vertrauen des Reichstages ausgesprochen worden ist. Andererseits gibt es bisher auch keinen Reichskanzler und keinen Reichsminister, der zurücktreten mußte, weil „ihm der Reichstag durch ausdrücklichen Beschluß sein Vertrauen entzogen“ hat. Ablehnung eines Mißtrauensantrages wurde gewohnheitsrechtlich als Vertrauensvotum betrachtet und nun ist auch der aus dem französischen Parlament stammende Gebrauch bei uns eingeführt worden, daß die Regierung z. B. den „Übergang zur Tagesordnung“ als „Kabinettsfrage“ verlangt. Möglicherweise kommen wir auch noch dazu, daß eine Regierung in Zeiten einer politischen Krise an irgendeinen Antrag die „Vertrauens“frage knüpft und dann mit der Annahme oder Ablehnung dieses Antrages steht oder fällt. Entscheidend ist in diesen Dingen also weniger der reichlich unbestimmte Wortlaut des Artikels 54, der nur einen Grundsatz — nämlich das Prinzip der parlamentarischen Regierungsform — zum Ausdruck bringen will sondern das parlamentarische Gewohnheitsrecht. Und diesem zufolge steht ein Mißtrauensantrag an erster Stelle, vor einem Vertrauensantrag, wobei vorläufig auch noch keine Entschließung des Reichstages besteht darüber, ob ein „nicht ernsthaft gemeinter“ Vertrauensantrag zur Abstimmung zuzulassen ist oder nicht. Das „Vorrecht“ des Mißtrauensantrages ist übrigens 1924 von einem politisch rechts stehenden Reichstagspräsidenten als „usancengemäß“ erklärt worden. Aber zu einer Abstimmung über den „Vertrauens“antrag der Nationalsozialisten ist es gar nicht gekommen, weil die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Brüning abgelehnt worden sind, ihm damit also das im Artikel 54 zu seiner Amtsführung notwendige Vertrauen zum Ausdruck gebracht wurde.

Wenn man die drei wesentlichen Beschlüsse des Reichstages zusammenfaßt, also die Ablehnung einerseits des Mißtrauensvotums, andererseits der Anträge auf Aufhebung der beiden Notverordnungen vom 26. Juli und vom 1. Dezember, so ist das Wesentliche, das Entscheidende dabei, daß Dr. Brüning durchgesetzt hat, was er vom Reichstag verlangte. Die endgültige Inkraftsetzung der Notverordnung ist sogar noch schneller vor sich gegangen, als es Dr. Brüning gefordert hat. Durchgesetzt hat der Reichskanzler auch, daß die sein Steuer- und Finanzprogramm umfassende Notverordnung nicht erst zur Beratung dem Haushaltsausschuß des Reichstages zugewiesen wurde. Die Mehrheit, die sich hinter ihn stellte, ist größer gewesen, als allgemein erwartet wurde. Er hat versucht, sein Programm auf dem „parlamentarischen“ Wege durchzubringen und mußte erkennen, daß er damit nicht zum Ziele gekommen wäre. Infolgedessen hat er den „außerparlamentarischen“ Weg, den der Notverordnung, eingeschlagen. Die Opposition, die sich ihm entgegenstellte, hat nicht über genügend Truppen verfügt, ihm diesen Weg zu versperren. Aber es ist noch längst nicht der letzte Kampf, den das Kabinett um seine Existenz zu führen hat. Parlamentarisch hat Dr. Brüning sein Ziel erreicht, aber jetzt wird es darauf ankommen, ob sein Reformprogramm nun wirklich auch den eigentlichen Zweck, nämlich die Ordnung der öffentlichen Finanzen, erzwingt.

Die Notverordnung angenommen

Der Entscheidungskampf im Reichstag.

Sitzungsbericht.

(10. Sitzung.) CB. Berlin, 6. Dezember.

Zu Anfang der Sitzung verliest Präsident Löbe die Mitteilung vom Rücktritt des bisherigen Reichsjustizministers Bredt. Dann wird die allgemeine Aussprache über den Haushalt 1931 und die Notverordnungen fortgesetzt. Verbunden damit sind die Mißtrauensanträge der Deutschnationalen, der Wirtschaftspartei und der Kommunisten gegen die Regierung sowie der „Vertrauensantrag“ der Nationalsozialisten.

Abg. **Domsch** (Landvolk): Die Wünsche der Landwirtschaft sind in den Notverordnungen nicht erfüllt worden. Die Länder müßten das Recht erhalten haben, das Wohnungsmangelgesetz sofort aufzuheben

Abg. **Eisenberger** (Bayer. Bauernbund) setzt sich für den Antrag auf Kontingentierung der russischen Holzeinfuhr ein.

Abg. **Biener** (Wirtschaftspartei) kritisierte die Politik des Ministers Schiele in den Fragen der Roggenstützung und des Weizenzolls. Wir brauchten die Weizeneinfuhr. Das Brotgesetz erfüllt nicht seinen Zweck, es ruiniert nur große Bäckereibetriebe und macht viele Bäckergesellen arbeitslos.

Abg. Dr. **Kleiner** (Dtn.): Dr Brüning hat gestern seinen sachlichen Zwischenruf über die Tributfrage in durchaus unangebrachter persönlicher und gehässiger Form beanstandet Der Reichsaußenminister Dr Curtius hat gestern die Kundgebungen gegen Polen gewissermaßen als Agitation bezeichnet.

Wenn in einem anderen Lande einem Volkstum derartige Bedrückungen auferlegt worden wären, dann wäre das ganze Volk in Empörung aufgestanden und die Minister hätten sich an die Spitze der Bewegung gestellt

Unser Auswärtiges Amt sei nicht einmal durch das Blutbad von Hohenbirken aus seinem Schlummer gerüttelt worden. Der Redner warf zum Schluß die Frage auf, warum die Regierung nicht sofort den deutschen Gesandten in Warschau abberufen habe. (Lebhafter Beifall rechts.)

Ein Zwischenfall.

Während der Schilderung der polnischen Terrorakte, bei der die Regierungsbank zunächst leer ist, rufen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten: „Wo ist Curtius? — Das interessiert ihn nicht!“ Die Sozialdemokraten antworten mit Gelächter. Die Kommunisten rufen: „Ihr macht es genau so mit den deutschen Erwerbslosen!“ — Es entsteht ein ungeheurer Lärm Während dieser Tumultszenen betritt unter dem Hallo der Rechten Reichsaußenminister Dr. Curtius den Saal.

Als Dr. **Kleiner** Einzelheiten schildert, ruft der sozialdemokratische Abg. **Crispien**: Das sind ja Latrinenparolen! Auf der Rechten entsteht darauf ein ungeheurer Tumult. Verschiedene Nationalsozialisten Deutschnationale und Landvolkabgeordnete stürmen mit drohend erhobenen Fäusten gegen die Mitte zu mit dem Ruf: Verbrecher! — Die Sozialdemokraten, die ebenfalls nach vorn drängen, antworten mit lauten Gegenrufen. Vizepräsident **Stöhr** stellt mühsam die Ruhe wieder her, indem er die Abgeordneten auffordert, ihre Plätze einzunehmen. Er fordert den Rufer des Wortes „Verbrecher“ auf, sich zu melden. Ein Landvolkabgeordneter erhebt die Hand. In dem allgemeinen Tumult wird das aber nicht bemerkt. Als der Lärm sich gelegt hat, sagt der Redner, die Regierung müsse von ihrem Throne gestürzt werden. Das nationale Deutschland wolle ein Reich im Sinne Hugenbergs und Hitlers für die Freiheit aller Deutschen erkämpfen.

Abg. Schumann-Thüringen (Komm.) kritisiert die Bestimmungen über Wohnungsbau und Mieterschutz in der Notverordnung.

Abg. Schneider-Breslau (Nat.-Soz.) erklärt, mit der heutigen Wirtschaftspolitik sei der Landwirtschaft und den Landarbeitern nicht gedient Wer heute für den Lohnabbau eintrete, sei ein Verräter der Arbeiterschaft und am deutschen Volke. (Beifallklatschen bei den Nat.-Soz.)

Abg. Troßmann (Bayer. Vp.) begrüßt die in der neuen Notverordnung vorgenommenen Milderungen der sozialen Bestimmungen.

Abg. **Graf Westarp** (Konservativer) betont, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Reformen Wert und Bedeutung erhalten, wenn ihnen eine durchgreifende Verwaltungs- und Verfassungsreform und ein wirksamer Schutz deutscher und christlicher Kultur zur Seite tritt. In letzter Stunde richte er die ernste Mahnung an das Kabinett, außenpolitisch auf der heute gewonnenen Grundlage mit größter Entschlossenheit vorwärtszuschreiten.

Darüber müsse volle Klarheit geschaffen werden: das deutsche Volk in seiner Gesamtheit wolle und könne nicht länger darauf warten, daß die ungerechte Tributlast von ihm genommen werde. Nur dann werde auch das innenpolitische Programm zum Segen Deutschlands werden.

Reichsfinanzminister Dr. Dietrich.

Der Minister glaubt nicht, daß die Tabaksteuerregelung dem Gewerbe großen Schaden zufügen werde, wie hier gesagt worden ist — Zur Reparationsfrage erklärt Dr. Dietrich, nur geordnete Finanzen Deutschlands könnten

die Freiheit des Handelns in der Außenpolitik

Deutschlands wiederherstellen. Der Reichskanzler und der Außenminister hätten das gleiche schon wiederholt festgestellt. Das Ausland werde die Ausführungen des Ministers richtig verstanden haben.

Abg. **Berndt** (Dtn.) begründet den deutschnationalen Antrag auf

Sperrung der Polizeikostenzuschüsse für Preußen.

Preußen sei der lebendige Beweis dafür, daß kein Staat reaktionärer und unduldsamer sei als der marxistische Kein Protest und keine Anklagen seien scharf genug gegen das Verhalten des Reiches gegenüber Thüringen Mit der Anwendung des Artikels 48 wolle die Reichsregierung eine starke Führung nur vortäuschen Tatsächlich liege die Führung bei der Sozialdemokratie Braun in Preußen und Brüning im Reiche hätten gleichsam eine

politische Unfallversicherung auf Gegenseitigkeit

abgeschlossen Diese Herrschaften zu beseitigen, sei das Ziel der Deutschnationalen Partei

Vizepräsident **Stöhr** ruft den Redner zur Ordnung, als er die Regierung Brüning als eine Karikatur der politischen Führung bezeichnet

Reichsinnenminister Dr. Wirth,

der von ziemlichem Lärm der Rechten empfangen wird, stellt fest, daß er jederzeit bereit sei, die Fragen zu beantworten, welche die Innenpolitik und das Land Thüringen betreffen. Der Abg Berndt habe Einzelheiten bemängelt, die den Rundfunk betreffen, so daß

keine Langemarkfeiern

stattgefunden hätten. Das Ministerium sei von keiner Seite wegen der Einrichtung solcher Feiern angegangen worden; es hätte sonst diese Anträge im positiven Sinne erledigt

Weiter verweist der Minister auf Anwürfe gegen die Aufführung des Films

„Im Westen nichts Neues“.

Nochmals sei die Notwendigkeit zu betonen, daß der Reichstag baldigst ein neues Lichtspielgesetz verabschiede

Abg Dr Frank II (Nat.-Soz.) Der Redner gebraucht die Anrede: „Liebe deutsche Volksgenossen!“ Er wird von der Linken mit Widerspruch unterbrochen. Dr. Frank redet dann die Linke

mit der Anrede: „Asiaten!“

an. Präsident Löbe bezeichnet diese Anrede als unzulässig. Der Redner kritisiert weiter die Notverordnung

Abg. Putz (Komm.): Die Nationalsozialisten haben noch am 15 Februar 1930 durch ihre Führer die Aufforderung erlassen, polnische Wanderarbeiter einzustellen und Deutsche zu entlassen (von rechts ertönt der Ruf: Lüge!).

Abg. Dr Jörrissen (Wirtschaftspartei) erklärt, namentlich die weite Hinausschiebung des Termins des Abbaus der Wohnungszwangswirtschaft sei unannehmbar.

Abg Abel (Volksnatl.) erklärte, der gehässige Parteistreit, den besonders die Nationalsozialisten entfachen habe das deutsche Parlament gehindert einmütig und energisch

gegen den polnischen Terror zu protestieren.

Der Minister habe viel zu milde in bezug auf die Polen geantwortet

Abg Torgler (Komm.): Die Frage der nationalen Minderheiten wird nicht durch kapitalistische Staaten gelöst, sondern nur durch die polnischen und die deutschen kommunistischen Arbeiter. Die Nationalsozialisten haben deutlich genug erklärt, daß sie auf dem kapitalistischen Boden stehen. (Die Nationalsozialisten verlassen den Saal)

Abg Schneider-Berlin (C. Stp.): Die Notlage der arbeitslosen Angestellten wird

durch die Notverordnung noch verschärft.

Abg. Frenbe (Wp.): Die Steuerpolitik der Regierung ist zu bekämpfen, da sie die freie Wirtschaft immer mehr zurückdrängt

Abg Haag (Landvolk): Die neue Belastung des deutschen Weinbaues und die Getränkesteuer sind verderblich.

Abg Jänicke (Staatsp.): Leider konnte die Regierung vor einem Eingriff in die Rechte der Beamtenschaft nicht zurückschrecken. Jetzt ist ein schneller Preisabbau erforderlich

Abg. Frau Müller-Otfried (Dtn.): Das Augenmerk ist auf die Notlage der Kleinrentner zu richten. Ein Rentenversorgungsgesetz muß bald kommen

Nach einigen Bemerkungen des Reichsernährungsministers Schiele und des Bayerischen Volksparteiführers Leicht beginnt die Abstimmung

Notverordnung bleibt bestehen.

Der Reichshaushaltsplan für 1931 wird an den Ausschuß verwiesen.

Bei der Abstimmung über die gleichlautenden Anträge der Deutschnationalen, der Kommunisten und der Nationalsozialisten, die Notverordnung des Reichspräsidenten aufzuheben, stimmten 253 Abgeordnete mit Ja und 293 mit Nein. Demnach bleibt die Notverordnung bestehen.

Abgelehnte Mißtrauensanträge.

Über die drei Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung, die von seiten der Deutschnationalen, der Kommunisten und der Wirtschaftspartei eingebracht worden waren, wurde sodann in einem gemeinsamen namentlichen Wahlgang abgestimmt. Die Mißtrauensanträge verfielen mit 291 gegen 255 Stimmen bei einer Stimmenthaltung ebenfalls der Ablehnung.

Schließlich wurde in einer weiteren Abstimmung der kommunistische Antrag auf Aufhebung der Juli-Notverordnung mit 307 gegen 235 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt. Für die Aufrechterhaltung dieser Verordnung, die bekanntlich die Osthilfemaßnahmen enthält, hat auch die Landvolkpartei gestimmt.

Die weiteren noch sehr zahlreichen Abstimmungen werden auf Dienstag vertagt.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Sachsen plant eine 70-Millionen-Anleihe.

Das sächsische Finanzministerium hat einen Entwurf eingebracht, der zur Deckung außerordentlicher Staatsbedürfnisse eine Anleihe bis zum Nennwert von 70 Millionen Mark vorsieht.

Schwerkriegsbeschädigte und Krankenkassenscheine.

Die am 1. Dezember d. J. vom Reichspräsidenten unterzeichnete neue Notverordnung enthält eine Befreiung von den Krankenschein- und Rezeptgebühren u. a. für die versicherten Kriegsbeschädigten, soweit sie eine Rente von 50 Prozent oder mehr beziehen, und für die den Krankenkassen zugeteilten Kriegsbeschädigten, soweit sie Zusatzrente beziehen.

Frankreich.

86 französische Ministerien in 60 Jahren.

Im Zusammenhang mit dem Sturz des Kabinetts Tardieu ist die Feststellung interessant, daß es sich bei der nun zu bildenden Regierung um die 86. in 60 Jahren handelt. Vom Februar 1871 bis Dezember 1930 sind ins Elysée 12 Staatspräsidenten eingezogen, die insgesamt 85 Ministerien gebildet haben. Der augenblickliche Staatspräsident geht jetzt an die Bildung seines 15. Ministeriums und hält damit den Rekord.

Aus In- und Ausland

Wien. Die strafgerichtliche Untersuchung gegen den Ozeanflieger Levine wurde eingestellt. Levine kehrt jetzt nach Amerika zurück.

Kowno. Die O. G. P. U. hat in Blagowetschensk sechs Personen wegen Spekulation mit Silber zum Tode verurteilt. Während ein Angeklagter begnadigt wurde, sind die übrigen fünf Todesurteile bereits vollstreckt worden.

London. Die Konferenz der schottischen Bergarbeitervertreter beschloß einstimmig, am Montag die Arbeit wiederaufzunehmen.

Dr. Dingeldey zu den Gegenwartfragen.

Auf dem Wahlkreisparteitag der Deutschen Volkspartei Magdeburg-Anhalt sprach der Parteiführer Dr. Dingeldey. Aus der Erkenntnis der Unfähigkeit des Parlamentarismus erwachse für die Volkspartei die Forderung nach Stärkung der Reichspräsidiumsgewalt. Zur Finanzpolitik sagte der Redner, seine Fraktion sei nicht gewillt, etwa in einigen Monaten eine aus falschen Voranschlägen sich ergebende Notwendigkeit neuer Steuerbewilligungen zu unterstützen.

Deutscher Generalvorbehalt in Genf.

Der Abrüstungsausschuß berichtet dem Völkerbund.

Der Abrüstungsausschuß des Völkerbundes trat in die Schlußberatungen des Generalberichtes an den Völkerbund ein, in dem die fünfjährigen Verhandlungen des Ausschusses sowie die Vorbehalte der einzelnen Abordnungen zusammenfassend dargelegt werden. Der Generalbericht beginnt mit der Feststellung, der Abkommensentwurf sei auf den Vorschlägen der englischen und der französischen Regierung aufgebaut. Der Artikel 1 des Entwurfes, nach dem sich die vertragschließenden Staaten verpflichten, ihre Rüstungen zu begrenzen und, „falls möglich", herabzusetzen, wird als die entscheidende Hauptbestimmung bezeichnet. Bezeichnenderweise sieht der Bericht bereits die Möglichkeit des Aufrüstens vor. Einige Regierungen seien nicht in der Lage, an eine Herabsetzung ihrer Rüstungen zu schreiten, da ihre gegenwärtigen Rüstungen bereits weit davon entfernt seien, die nationale Sicherheit zu gewährleisten.

Graf Bernstorff verlangte die Feststellung in dem Bericht, daß das Abkommen nur von der Mehrheit angenommen worden sei und forderte Aufnahme eines deutschen Generalvorbehalts, wonach die deutsche Abordnung sich das Recht vorbehalte, auf der Abrüstungskonferenz den grundsätzlichen deutschen Standpunkt darzulegen.

Der endgültige Abschluß der gegenwärtigen letzten Tagung des Abrüstungsausschusses ist für Dienstag abend vorgesehen.

Politische Bluttaten.

Ein Nationalsozialist auf der Straße niedergeschossen.

In Dortmund wurde auf einer Straße im Norden der Stadt der Nationalsozialist Elektrotechniker Adolf Höh durch einen Revolverschuß in den Kopf lebensgefährlich verletzt. Über die Vorgeschichte der Bluttat meldet der Polizeibericht, daß zwei andere Angehörige der NSDAP. kürzlich an einer Schlägerei beteiligt waren. Als sie sich abends auf dem Heimweg befanden, fühlten sie sich von Kommunisten bedroht. Sie holten sich daher Hilfe und wurden von etwa 20 Nationalsozialisten nach Hause begleitet. Die Gruppe, in der sich auch Höh befand, wurde plötzlich beschossen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

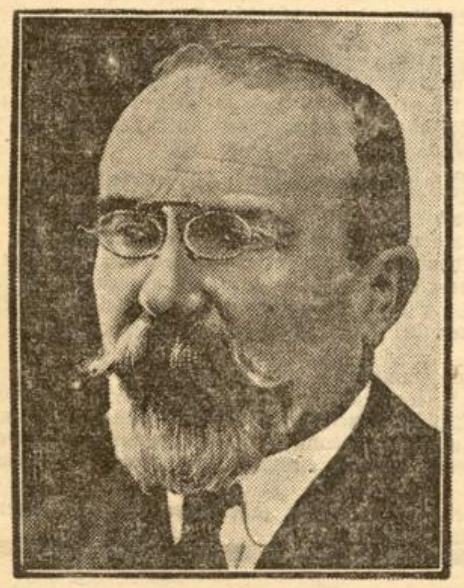
Politischer Totschlag in Cannstatt.

Wie vom Stuttgarter Polizeipräsidium mitgeteilt wird, ist der 58jährige Hausinspektor der Cannstatter Oberrealschule, Jakob Stumpp, von Angehörigen der Arbeiterwehr, die für die Kommunistische Partei am Schulgebäude Plakate anklebten, niedergeschlagen worden. Er schlug mit dem Kopf so heftig auf den Boden auf, daß der Tod innerhalb weniger Minuten eintrat. Die Täter wurden von der Polizei noch in der Nacht ermittelt und festgenommen.

Kabinett Barthou in Frankreich.

Mitarbeit Tardieus und Briands.

Nachdem Poincaré den Auftrag des Staatspräsidenten, die Bildung des neuen Kabinetts zu übernehmen, infolge seines Gesundheitszustandes abgelehnt hatte, beauftragte Staatspräsident Doumergue den Senator der demokratischen und radikalen Vereinigung, Barthou, mit der Bildung



Frankreichs neuer Ministerpräsident Barthou

der Regierung. Barthou, der bereits einmal Ministerpräsident und mehreremal Minister war, hat den Auftrag angenommen.

Barthou hat dann nacheinander die Präsidenten von Kammer und Senat, Poincaré, Tardieu und Briand besucht. Einige behaupten, Poincaré hätte Barthou zu verstehen gegeben, daß er unter Umständen bereit wäre, ein Ministeramt zu übernehmen, da die Lasten eines Ministers leichter seien als die eines Ministerpräsidenten. Tardieu erklärte der Presse, er sei bereit, Barthou zu unterstützen und auch ein Ministerium zu übernehmen. Briand hat seine unumschränkte Mitarbeit zugesagt.

:: **Paris, 9. Dez. Der mit der Regierungsbildung beauftragte Abg. Barthou hat seinen Auftrag an den Präsidenten zurückgegeben, da er auf die Bildung eines Kabinetts verzichtete.**

Feldzug gegen das Weihnachtsfest.

Wie die Sowjets Weihnachten feiern wollen.

Mit dem Herannahen der Weihnachtsfeiern hat in ganz Sowjetrußland eine weitgehende Tätigkeit der religionsfeindlichen Organisationen eingesetzt. In Moskau und in Leningrad werden am 25. und 26. Dezember alle Theater und Kinos gegenreligiöse Stücke unentgeltlich aufführen. Allen Arbeitern und Angestellten wird es zur Pflicht gemacht, die Vorstellungen zu besuchen. Der Feldzug gegen das Weihnachtsfest wird von Karoslewski geführt, der als der Diktator der Gottlosenverbände in der Sowjetunion bezeichnet wird.

„Herr Ober, bitte, ein Weißbrot!"

Ein Märchen aus alten Zeiten.

„Der Notverordnung gehorchend, nicht dem eigenen Triebe," werden die Hotels und die Restaurationen ihren Gästen fortan kein Weizengebäck mehr verabreichen. Zu Hause, zwischen seinen vier oder mehr Wänden, wird ja auch in Zukunft jeder essen dürfen, was ihm schmeckt und was er bezahlen kann, als Gast einer öffentlichen Gaststätte aber wird sich der deutsche Mensch hinfort auf Schwarzbrot umzustellen haben, es wäre denn daß . . doch davon später. Natürlich ist die Schwarzbrotdiät nicht jedermanns Sache und es regnet und hagelt denn auch schon von verschiedenen Seiten Proteste gegen den aus der Not geborenen sanften Zwang zum Roggenbrotessen, in erster Linie von seiten der Bäcker und der Hotel- und Gastwirtsorganisationen. In Berlin zum Beispiel haben Vertreter der Bäckerinnung und der Gaststättenorganisationen in einer Versammlung erklärt, daß die Verordnung über das Weizengebäck allein in Berlin zur Entlassung von 250—300 Bäckergesellen führen müsse. Und dann wiesen die Bäcker und die Gastwirte

auf ein Hintertürchen,

das sich leicht würde öffnen lassen, hin. Es gibt kein Gesetz, das nicht in achtbarer Weise umgangen werden könnte, und wer könnte beispielsweise die Herren Gäste hindern, sich ihr Weizengebäck von draußen in die Gastwirtschaft oder in den Speisesaal des Hotels mitzubringen? Es könnten sich also mit den neuen Speise- und Trinkgesetzen leicht „unbegrenzte Möglichkeiten" ergeben. Um die Getränkesteuer zu umgehen, tragen erfinderische Leute — wie das tatsächlich schon vorgekommen ist — ihren Kognak einfach aus der Gastwirtschaft auf die Straße, um ihn draußen, wo es keine Getränkesteuer gibt, hinter die Binde zu gießen, und die Weizenbrötchen wieder wird man sich von draußen, wo sie unverboten sind, in die Gastwirtschaft mitbringen, um sich daselbst an ihnen zu ergötzen. Das wird, meint man, kein Wirt und keine Notverordnung verbieten können. Aber vielleicht irrt man sich doch, wenn man so was meint!

185 Stunden im Bergwerk verschüttet.

Der Verschüttete wird geborgen und ist wohlauf.

Am 28. November wurden, wie man sich erinnern dürfte, auf der Zeche Viktor in Kastrop-Rauxel durch Zubruchgehen eines Strebepfeilers zwei Bergleute verschüttet. Zwei Tage später konnte man mit einem der Verschütteten, dem Bergmann Wienpahl, der unverletzt geblieben war, in Verbindung treten. Man führte ihm seitdem durch ein Preßluftrohr flüssige Speisen und frische Luft zu. Inzwischen wurden die Rettungsarbeiten mit fieberhafter Eile betrieben. Da die Bergungsmannschaften seitlich an die Bruchstelle, die sich über acht Meter erstreckt, nicht herankommen konnten, ging man dazu über, von unten her einen Stollen durch die Kohle zu treiben.

Am Abend des 5. Dezembers ist es den Rettungsmannschaften nach mühevoller Arbeit endlich gelungen, den Verschütteten noch lebend aus seiner qualvollen Lage zu befreien. Er hat im ganzen 185 Stunden in seinem unterirdischen Gefängnis ausharren müssen. Der zweite der verschütteten Bergleute, der Hauer Gotzmann, konnte nur als Leiche geborgen werden.

Wienpahl befindet sich trotz seiner 185stündigen Gefangenschaft in dem dunklen Hohlraum der Bruchstelle in recht guter körperlicher Verfassung, so daß er nicht ins Krankenhaus gebracht zu werden brauchte. Er hatte während der langen Gefangenschaft keinen Augenblick den Mut verloren.

Auch das Weihnachtsgeschäft in Zigarren gefährdet.

Neue Steuermaßnahmen zur Verhinderung der Voreindeckung der Kundschaft.

Da die neue erhebliche Belastung für Tabak und Zigarren beträchtliche Preiserhöhungen im Gefolge hat, ist anzunehmen, daß die Verbraucher zu einer gewissen Voreindeckung ihres Bedarfs schreiten werden. Allerdings sind solchen Bestrebungen, wie von sachverständiger Seite betont wird, infolge der allgemein schlechten Wirtschaftslage enge Schranken gesetzt. Nichtsdestoweniger hat sich die Regierung veranlaßt gesehen, zu verfügen, daß Tabaksteuerzeichen (Banderolen) im Dezember nur in Höhe von 80 Prozent der Septemberbezüge an die Bezugsberechtigten verausgabt werden sollen. Diese Maßnahme bedeutet für die Tabak- und Zigarrenindustrie einen erneuten harten Schlag, weil durch sie nicht nur eine Voreindeckung der Kundschaft unmöglich gemacht, sondern vor allem das Weihnachtsgeschäft ruiniert wird. Der Westfälisch-Lippische Wirtschaftsbund hat nun an die zuständigen Reichsministerien ein Telegramm gerichtet, in dem dringend um Aenderung dieser neuen für das ganze Tabakgewerbe schädlichen Maßnahme ersucht wird.

Die Reichsreiterstafette im Hannoverland.

Am 9. Dezember 1 Uhr nachts an der Grenze Braunschweig—Hannover.

Die große Reichsreiterstafette, die das „Jahr des Pferdes" beschließen soll, wird in den Tagen vom 6. bis 10. Dezember geritten. In unserem Gebiet wird der Stafettenstab, der die Botschaften aus Lörrach in Baden und Gleiwitz in Oberschlesien in Halle an der Saale vereinigt, an der Grenze Braunschweig—Hannover in Kroha am 9. Dezember, 1 Uhr nachts, von einem Reiter der 8. Inspektion des Landesverbandes (Rittmeister a. D. v. Estorff) übernommen und über Tülau—Ohrdorf—Langenbrügge—Uelzen—Bienenbüttel nach Lüneburg gebracht, wo er um 4.45 Uhr eintrifft. Ein anderer Stafettenarm, aus Saarbrücken kommend, übergibt

an der Grenze Westfalen—Hannover

auf der Landstraße nach Osnabrück bei Schollbruch am 8. Dezember, 18 Uhr, den Stafettenstab einem Reiter der 11. Inspektion (Landstallmeister Kuhse) und bringt ihn über Hasbergen — Bramsche — Versenbrück — Quakenbrück weiter an die oldenburgische Greze. Die Uebergabe erfolgt hinter Quakenbrück um 20 Uhr. Nach Durchquerung von Oldenburg wird der Stafettenstab dann östlich Wildeshausen auf der Straße nach Harpstedt um 22.30 Uhr an einen Reiter der 4. Inspektion (Oberstleutnant a. D. Seip) abgegeben und über Harpstedt — Leeste — zur Weserbrücke bei Uesen und von dort von einem Reiter des Reitvereins Achim nach Ottersberg weitergeführt, wo die Uebergabe an einen Reiter der 2. Inspektion (Major a. D. v. Wedel) erfolgt. Von Ottersberg führt der Ritt über Rotenburg nach Tostedt. Hier wird die Stafette an einen Reiter der 3. Inspektion (Oberstleutnant a. D. v. Natzmer) gegeben und über Garlstorf nach Lüneburg gebracht, wo sie am 9. Dezember um 5 Uhr eintrifft. Von Lüneburg werden beide Stafetten über Brietlingen bis nach Artlenburg gebracht. Dort erfolgt am 9. Dezember um 6 Uhr die Uebergabe an Reiter der Verbände Schleswig-Holstein und Hamburg. Das Ziel der ersten Stafette ist Flensburg. Die zweite Stafette wird durch Pommern, Danzig nach Tilsit weitergeführt.

Der Ritt der 50000.

Tag und Nacht im Sattel.

Der große Reichsstafettenritt des Reichsverbandes für Zucht und Prüfung deutschen Warmbluts, der bis zum 12. Dezember dauert, hat begonnen. 50 000 Reiter, in der überwiegenden Mehrzahl aus den ländlichen Reitervereinen, lösen die Aufgabe, eine Botschaft durch Stafettenstab aus allen Ecken des Reiches an weitentfernte Ziele zu befördern. Es werden vom 6. bis 12. Dezember rund 5000 Kilometer geritten, wobei die Reiter Tag und Nacht im Sattel sitzen. Mit dieser Werbeveranstaltung beschließt der Reichsverband seine großzügige Propaganda, die er 1930, im „Jahr des Pferdes", für das deutsche Gebrauchspferd auf allen Gebieten entfaltet hat.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 8. Dezember 1930.

Was wünschen Sie?

Das soll keine barsche Frage sein und auch keine bloß förmliche, und richtig müßte es auch heißen: „Was wünschen Sie sich?" Worauf man sofort erkennt, daß es sich um Weihnachten handelt. „Was wünschen Sie sich zu Weihnachten?" kann man jetzt überall fragen hören oder noch besser: „Was wünschst du dir zu Weihnachten?", denn wenn man sich von jemand etwas wünschen darf, steht man mit diesem jemand schon auf du und du — nicht immer, aber doch meist. Ja, und was soll man nun auf eine solche Frage, die vielleicht ganz plötzlich auf einen abgeschossen wird, antworten? Noch präziser: Gibt es überhaupt etwas, das man sich nicht wünschte? Ach, es wird diesmal leider wohl vielfach bei dem bloßen Wünschen bleiben, denn der Erfüllung vieler, sehr vieler Wünsche, und mögen sie sich noch so klein machen dürfen sich nicht geringe Schwierigkeiten und Hindernisse in den Weg stellen. Warum immer wieder das traurige Lied von den schlechten Zeiten, von der Not, von der Arbeitslosigkeit singen! Wir kennen es zur Genüge, und die Zeiten werden nicht besser, wenn wir es dauernd wiederholen. Wenn wir also schon nicht viel erhoffen und kriegen können, sollten wir uns wenigstens nicht das bißchen Weihnachtsstimmung verderben lassen oder selbst verderben, und wer irgendwie in der Lage ist, einem anderen ein klein wenig Freude zu machen, sollte es ohne Rücksicht auf die schlechten Zeiten tun. Wie sollten denn auch die „Zeiten" besser werden, wenn gar nichts gekauft würde? Wartet doch ein großer, ja vielleicht der größte Teil unserer Kaufmannschaft das ganze liebe lange Jahr hindurch auf die paar Vorweihnachtswochen, in denen das Geschäft sich ein bißchen bessern könnte. Also, wenn wir wirklich schon ein gut Teil unserer Weihnachtswünsche zurückstellen müssen — ganz aufzugeben brauchen wir sie trotzdem nicht. Damit ist keinem geholfen: uns nicht und den andern, die uns etwas anzubieten haben, erst recht nicht!

—* Der **Schlichtungsausschuß Hagen** umfaßt ab 1. Januar 1931 nunmehr die Stadtkreise Hagen, Iserlohn, Lüdenscheid, sowie die Landkreise Ennepe-Ruhr-Kreis, Altena, Iserlohn, Arnsberg, Meschede und Brilon.

—* **Um die Gehaltszahlung an Kaufmannsgehilfen in Krankheitsfällen oder bei unverschuldetem Unglück.** Vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband wird uns geschrieben: Nach einer vor längerer Zeit gefällten Entscheidung des Reichsgerichts, durch welche der § 63 Abs. 1 des H. G. B. für abdingbar erklärt wurde, haben Arbeitgeber in zahlreichen Fällen versucht, Kaufmannsgehilfen durch Einzeldienstvertrag zu einem Verzicht auf Gehaltsbezug in Krankheitsfällen zu bewegen. Dieser dauernde Streit um die Frage einer Gehaltszahlung an Kaufmannsgehilfen in Krankheitsfällen hat nunmehr durch die letzte Notverordnung des Reichspräsidenten im Sinne der Kaufmannsgehilfen seine endgültige Regelung gefunden. Durch die Notverordnung des Reichspräsidenten wird nämlich bestätigt, daß der Absatz 1 des § 63 des H. G. B. durch Verträge nicht ausgeschlossen bezw. beschränkt werden kann. Wenn also Einzeldienst- oder Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Kaufmannsgehilfen zum Ausdruck bringen, daß in Krankheitsfällen eine Gehaltszahlung nicht zu erfolgen braucht, sind solche Verträge samt und sonders nichtig. Der Anspruch der Kaufmannsgehilfen auf Gehalt in Krankheitsfällen, mindestens für die Dauer von 6 Wochen, ist nunmehr durch die Notverordnung des Reichspräsidenten rechtlich eindeutig wiederhergestellt.

—* **Haltet mit Einkäufen und Aufträgen nicht zurück!** Die wirtschaftliche Lage auch des gewerblichen Mittelstandes hat sich im abgelaufenen Monat weiter ganz erheblich verschlechtert. Es macht den Eindruck, als ob die Verbraucherschaft noch auf weiteren Preisabbau wartet und alle aufklärenden Mitteilung unbeachtet gelassen hat, wonach die Preise ganz überwiegend bereits so weit gesenkt worden sind, wie das der Stand der Unkostenfaktoren gestattet. Die Zurückhaltung der Verbraucherschaft wirkt den Bestrebungen der Regierung auf Ankurbelung der Wirtschaft direkt entgegen. Es darf doch nicht vergessen werden, daß die Bezieher regelmäßiger Einkünfte seit 1927 eine dauernde Steigerung der Kaufkraft ihres Gehaltes und Lohnes empfangen haben. Wenn auch diese Kreise davon absehen, die vorhandenen Möglichkeiten, Arbeit zu schaffen, auszunutzen, dann ist das durchaus falsch. Das Ziel aller Bestrebungen muß sein, möglichst viele Arbeitskräfte wieder in den Produktionsprozeß einzuschalten und das ist nur

Weihnachtseinkäufe.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Es ist ein Grundfehler des Menschen, daß ihm mehr daran liegt, für einen Mißstand den Schuldigen zu suchen als die Ursache. Er will lieber denjenigen feststellen, den er wegen Vorsatzes oder Fahrlässigkeit haftbar für den Schaden machen, dafür bestrafen oder wenigstens — beschimpfen kann, als die Mängel des Übels, um sie zu beseitigen und dadurch weiteres Unglück zu verhüten. So geht es auch bei der jetzigen Wirtschaftskrise. Wir würden sicherlich unseren Blick viel klarer erhalten, wenn wir bei den Bestrebungen nach Verbesserung die Schuldfrage ausschalten und uns auf die Feststellung der rein wirtschaftslogischen Ursache konzentrieren würden. Wem alles möchten wir nicht die Schuld in die Schuhe schieben, ohne zu bedenken, daß eine Haftbarmachung dieser Schuldigen uns keinen Schritt weiterbringen würde. Wir dürfen mindestens nicht haltmachen bei der Beschuldigung, sondern müssen hinter sie zurückgehen. Sie kann vielleicht ein Weiser sein auf dem Weg zur Aufdeckung der Ursache, nie aber darf sie als die Ursache selbst angesehen werden. Es ist nicht allzu schwer, eine Schuld zu konstruieren, die stets mehr oder weniger eine subjektive Empfindung bleibt; es ist aber eine fast unlösbare Aufgabe, die wirklichen realen Ursachen, die stets eine objektive Wirklichkeit in der Wirtschaft besitzen müssen, aufzudecken. Das Finden eines Schuldigen wird oft zum gefährlichen Betäubungs- und Beruhigungsmittel, das uns in unserem weiteren Streben nach Kenntnis der Zusammenhänge und Gründe genug sein läßt, weil wir den im allerbesten Falle Wegweiser für das Ziel nehmen. Beschuldigungen können mit der Phrase geschehen, die sich nicht widerlegen, aber auch nicht beweisen läßt, Begründungen müssen dem Ansturm der Tatsachen standhalten können und auch unter der Lupe des Forschers ihre Richtigkeit erweisen. Hat man den Schuldigen, so hat man allerhöchstens die Genugtuung, seinem Gerechtigkeitsgefühl genügen, oder was ja auch häufig der Fall sein soll, sein Mütchen kühlen zu können; hat man aber die wahre Ursache gefunden, so hat man den Schlüssel zum Problem, den Punkt, von dem aus man es lösen kann.

Die Schwierigkeit der Ergründung einer Ursache im Wirtschaftsleben macht es notwendig, dieses in allen seinen Teilen bis ins kleinste mit der Forschung zu durchdringen. Nichts darf der Forschung zu gering erscheinen, ebenso wie nichts zu gewaltig. Den kleinsten Laden des Einzelhändlers muß sie genau so ehrfürchtig betrachten und werten wie die Riesenverhältnisse der weltwirtschaftlichen Verflechtungen. Solch eine scheinbare Kleinarbeit, deren Beachtung aber von größtem Wert ist, sind z. B. die Feststellungen des Konjunkturforschungsinstitutes über die Belastung eines Einzelbetriebes in den Tagen vor Weihnachten. Das eigentliche Weihnachtsgeschäft des Einzelhandels drängt sich ja auf verhältnismäßig wenige Tage zusammen. In den Tagesumsätzen eines mitteldeutschen Textilkaufhauses ist z. B erst von Mitte Dezember ab eine stärkere Zunahme zu erkennen. Der Gesamtumsatz in Textilwaren ist im Dezember etwa zwei- bis dreimal so hoch wie der Umsatz im August, dem Monat mit den niedrigsten Umsätzen; unmittelbar vor dem Weihnachtsfest erreichen die Tagesumsätze jedoch das Vier- bis Fünffache des durchschnittlichen Tagesumsatzes im August. Die Verteilung dieser Betriebsbelastung auf die einzelnen Tage war nun in den letzten Jahren nach den Feststellungen des Konjunkturforschungsinstitutes sehr verschieden, je nach dem Wochentag, auf den das Weihnachtsfest fiel. Aus der Umsatzbewegung in den Jahren 1924–1929 läßt sich zeigen, daß die Umsätze in der eigentlichen Weihnachtswoche um so höher sind, je näher der 1. Dezember am Wochenende liegt, und umgekehrt. Fällt der 24. Dezember — wie im laufenden Jahre — auf einen Mittwoch, dann sind die Umsätze in der Weihnachtwoche und in der Woche, die dieser vorausgeht, annähernd gleich groß. Indessen haben die Einkaufsgewohnheiten der Konsumenten zu unterschiedlicher Gestaltung auch der Tagesumsätze in den einzelnen Warengruppen geführt. So sind z. B. am sogenannten „Goldenen Sonntag" die Umsätze in den Spielwaren- und Herrenwäscheabteilungen der Geschäftshäuser sehr groß, die der Lebensmittelabteilungen dagegen verhältnismäßig gering. Im Jahre 1929 war zum erstenmal der frühe Ladenschluß durchgeführt worden. Dieser Umstand hatte dazu beigetragen, daß die Umsätze am 24. Dezember — im Gegensatz zu früheren Jahren — verhältnismäßig gering waren.

Dr. S.

Der kranke Löwe.

Schwer ist's ja nicht, den kranken Löwen mit Hufschlägen zu traktieren. Das kann jeder Esel. Und schwer ist's darum auch nicht, den kranken Löwen Deutschland ungestraft zu mißhandeln, wie Polen, Litauen, die Tschechoslowakei usw. es tun. Sie taten es immer. Denn ihr Ziel ist und bleibt ja, das Deutschtum auszurotten, soweit es sich innerhalb ihrer Grenzen noch gehalten hat. Und man soll sich als Deutscher nichts vormachen: Unter dem ständigen Druck von oben her geht das Deutschtum außerhalb unserer Reichsgrenzen im Osten und im Südosten zahlenmäßig zurück; die heranwachsende deutsche Generation, die in den neuen Staaten geboren ist und systematisch der Beeinflussung fremden Volkstums unterworfen wird, dürfte diesem Einfluß schon viel weniger Widerstand entgegensetzen. Besonders dort natürlich, wo das Deutschtum nicht in geschlossenen Massen wohnt; systematisch versucht besonders Polen, seine Staatsbürger deutscher Zunge von einer unmittelbaren Berührung mit den Reichsgrenzen möglichst abzudrängen, also die direkte Verbindung mit dem Reich zu sprengen. Auch hier hieße es, die wirkliche Lage zu verkennen, wollte man dieser Politik einen gewissen Erfolg bestreiten.

Ist doch dem Kampf gegen das Deutschtum in Nord und Süd, in Ost und West das stärkste Hindernis aus dem Wege geräumt durch die Entwaffnung Deutschlands. Keinem Engländer dürfte und darf in der Welt etwas geschehen, sonst sorgte die englische Flotte dafür, daß wirklich oder angeblich verletztes Recht sofort wiederhergestellt würde. Beim Amerikaner, beim Franzosen ist's nicht anders. Das Wort aber, das Walther von der Vogelweide vor 700 Jahren klagend aussprach, gilt auch und gerade heute: „Gewalt fährt auf den Straßen . . ." Und das Recht, das mit der Gründung des Völkerbundes nun angeblich in die Welt eingeführt worden ist? Da kann man voller Bitterkeit als Deutscher nur den Goethe zitieren, der im „Faust" den Schatzmeister sprechen läßt:

„Wir haben so viel Rechte hingegeben,
Daß uns auf nichts ein Recht mehr übrigbleibt."

Höchstens das Recht des Protestes. Und wie man selbst mit diesem verfährt, das zeigt sich nicht nur in der Art, was Litauen aus den Versprechungen seines Außenministers über die Wiederherstellung des Rechts im Memelland gemacht hat, sondern selbst das — Völkerbundsekretariat treibt Schindluder mit dem deutschen Protest gegen die Deutschenverfolgungen in Polen. Die Genfer Informationsabteilung gibt zur Unterrichtung des Generalsekretärs und der Beamtenschaft des Völkerbundsekretariats „Presseberichte" heraus. Ohne Kommentar oder Auswahl, sondern sie enthalten nur wörtliche Zitate aus den mit Namen angeführten Zeitungen. Jetzt plötzlich „polnische Pressestimmen" zusammenfassend und ohne zu zitieren veröffentlicht, die sich gegen die deutsche Erregung über das Verhalten Polens wenden; allerhand angebliche Behauptungen deutscher Zeitungen über Morde in Polen werden als tendenziöse Falschmeldungen bezeichnet — Behauptungen übrigens, von denen man in Deutschland nichts weiß —, und die Schuld für etwaige Grenzzwischenfälle wird von vornherein Deutschland zugeschoben, wenn es wirklich den beantragten Grenzschutz von 10 000 Mann schaffen sollte usw. Das wird als Ansicht „der polnischen Presse" vom Völkerbund veröffentlicht, unter Bruch mit dem bisherigen Gebrauch und damit unter Bruch mit der selbstverständlichen Neutralität, die „sogar" Deutschland von diesem Genfer Institut verlangen darf. Allerdings weicht die Entrüstung in Deutschland wohl einem verstehenden „Aha!", wenn man daran erinnert, daß der Leiter dieser Informationsabteilung ein — Franzose ist! Das also war die erste Antwort, die aus dem Bereich des Völkerbundes auf den deutschen Protest erfolgt ist.

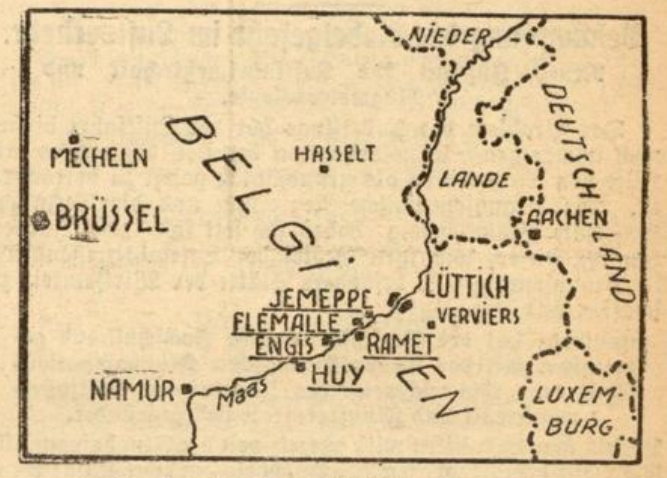
Und diese Minderheitsfragen hat unlängst auch Briand zynisch als ein „störendes Element bei den Verhandlungen des Völkerbundes" bezeichnet. Ohne daß also der Völkerbund eingriff, konnte der kranke Löwe mit Hufschlägen traktiert werden Denn wehren können wir uns ja nicht. Wer sollte und würde uns helfen, wenn wir aufbegehren würden über den Rahmen eines Protestes hinaus? Englands Regierung geht in der Abrüstungsfrage mit Frankreich durch dick und dünn und Italien denkt nicht daran, dem deutschen Protest gerade in einer Minderheitsfrage irgendwelche Hilfe angedeihen zu lassen, die aus mehr als nur aus Worten bestünde. Wir sind — es ist gefährlich, das zu verkennen — allein auf der Welt, zum mindesten in Europa, und haben dieses Europa geschlossen gegen uns, wenn wir irgendwie dagegen auch nur protestieren, daß die Siegerstaaten das Diktat von Versailles ausnutzen, um jeden deutschen Widerstand innerhalb ihrer eigenen Grenzen zu zertreten. Das weiß man voneinander und auch wir dürfen darüber keinen Nebel noch so verständlicher Worte und Wünsche breiten. Der nächste Huftritt ist dann nur noch schmerzlicher.

Die „Giftgase" im Maastale.

Zahlreiche Todesopfer geheimnisvoller Nebelschwaden.

Nach Meldungen aus Brüssel soll der geheimnisvolle Gasnebel, der über dem Maastale lagert, innerhalb 24 Stunden mehr als 60 Todesopfer gefordert haben. Die Ansicht, daß es sich um Ausströmungen giftiger Gase einer chemischen Fabrik, die durch den schweren Nebel zur Erde gedrückt wurden, handeln könnte, verstärkt sich, aber Beweise dafür sind nicht zu erbringen. Der Nebel hat sich von Belgien aus auch auf die nördlichen Provinzen Frankreichs ausgedehnt, doch sind dort irgendwelche Todesfälle oder Erkrankungen nicht zu verzeichnen gewesen.

Der tödliche Nebel zeigte sich in den Maastälern in Gestalt einer dichten schwarzen Wolke, die an manchen Stellen einer ganz festen Masse glich. Infolge der ungewöhnlichen Feuchtigkeit der Luft setzten sich die Schwaden in der Tiefe fest, während höhergelegene Orte nicht ganz so gefährdet waren. Menschen, die bereits ohnmächtig



Die Lage der Todesdörfer im Maastale.

Die meisten Todesfälle traten ein in den Dörfern Engis, Flemalle, Jemeppe und Ramais die sämtlich um das Städchen Huy herum gelegen sind



24

„Nein! — Verzeihen Sie — aber Sie wissen so gut wie ich, daß Sie gelogen haben."

Custer wollte auffahren, sah den Blick des anderen und verlor sich wieder ruhig Lediglich ein Achselzucken kam als Erwiderung

„Herr Kapitän erleichtern Sie mir meine Mission," bat der Fremde. „Tandey bestürmt mich von London aus mit Depeschen ihm etwas über das Schicksal seiner ehemaligen Frau mitzuteilen Ich bin nicht dazu in der Lage. — Sie können aber Sie wollen nicht."

„Sie irren sich."

„Nein, ich irre mich nicht Wie oft muß ich dies Ihnen noch wiederholen, Kapitän? Was soll ich denn noch weiter anführen daß Sie mir Vertrauen schenken? Ich habe den Eindruck daß Tandey nach wie vor noch mit jeder Faser an seiner Gattin hängt Sonst würde er mich doch nicht mit einer ungeheuerlichen Unzahl Telegrammen bombardieren, etwas über ihr Geschick zu erfahren."

„Es tut mir leid, Herr Nelsen."

„Also denn nicht." Der Fremde erhob sich. „Ich wohne im Alsterhotel, falls Sie mir doch etwas mitzuteilen hätten."

„Das dürfte kaum der Fall sein."

„Ich will trotz allem die Hoffnung nicht aufgeben."

Schritte knirschten auf dem Kies des Gartens Kapitän Custer begleitete den Gast bis zum Wege und sah ihm nach, bis er um die Ecke bog Als er zurückkam, stand Ninon in der Mitte des Zimmers und lachte ihm entgegen:

„Der war ohne Zweifel echt."

„Wie bitte?"

„Ein richtiger Detektiv und kein Pseudo. Es ist sicher einer den mein Mann drüben beordert hatte, mich in Empfang zu nehmen — Es war sehr nett von Ihnen, Kapitän, daß Sie so gar nicht aus der Rolle fielen."

„Madame — warum haben Sie sich dann versteckt gehalten?"

„Gott, es hat mich furchtbar interessiert und zugleich amüsiert, was er alles zu sagen wußte. Das mit dem noch immer „Geliebtwerden" von Joe ist natürlich Mumpitz Solch einen verrückten Menschen gibt es ja gar nicht Und wenn auch — es wäre doch alles vorbei: Selbst versichert, selbst verschuldet. Sie können mich sogar ein bißchen bemitleiden, wenn Sie wollen. Verehrter Mir ist ganz lieb, daß Joe keine Ahnung hat, wo ich mich aufhalte Ich wette, daß mit dem Detektiv Nelsen auch der eine oder der andere von der „Dreizehn" die Ueberfahrt mit dem Ballin von Neuyork nach Hamburg mitgemacht hat."

„Nicht möglich."

„Schon wieder einmal etwas, das nicht möglich ist Herr Kapitän? Bewahren Sie mein Geheimnis, bitte — Nein, bleiben Sie —." Ihre Hände wehrten, als er sie zur Türe begleiten wollte. „Uebermorgen Abend haben Sie meine Depesche aus London"

Ehe er sich versah, hatte sie sich über seine Hand geneigt, dann fiel die Türe geräuschlos hinter ihr zu

Er brauchte mehr als eine Stunde, wieder einigermaßen klar denken und überlegen zu können Nachträglich erst fiel es ihm ein, daß er sie gar nicht gefragt hatte, woher sie wisse daß Tandey und seine Schwester, sowie Oellers zur Zeit in London weilten Er erinnerte sich ihrer Worte: Die „Dreizehn" ist allgegenwärtig — allwissend und allmächtig

Und sie war ja eine von ihnen gewesen.

* * *

In Scottland Yard begann man nervös zu werden. Seit drei Tagen war Staatsanwalt Dr. Oellers aus seinem Hotel verschwunden, ohne daß auch nur ein Mensch anzugeben vermochte, wohin er sich gewandt habe

Tandey war schon nach achtundvierzig Stunden wieder mit dem Flugzeug zurückgekommen und hatte sich sofort darangemacht mit Hilfe einer Hundertschaft englischer Kollegen die schwache Spur des Vermißten aufzunehmen Aber jede Vermutung in dieser Hinsicht erwies sich als falsch. Nur das wußte Tandey mit Gewißheit zu sagen, daß es die gleichen Hände waren, die außer Lilon nun auch deren Verlobten hinter Schloß und Riegel hielten.

Aber wo ansetzen? Der Kopf hämmerte ihm, zeitweilig verspürte er ein jämmerliches Gefühl der Ohnmacht Die Mißerfolge häuften sich: Ninon blieb verschwunden, die Schwester war nicht aufzufinden und nun fehlte auch Oellers. Das Resultat all seiner Anstrengungen blieb kläglich hinter den Erwartungen zurück

Seit Sonntag abend verfolgte ihn ein Mensch auf der Straße, der bei Tag bettelnd am Holborn-Viadukt gesessen hatte Als er ihn ansprechen wollte, war er verschwunden gewesen Dieses London kostete ihm eine Unmenge Nerven und war doch schließlich alles zwecklos und verfehlt.

So weit war er schon, daß er zeitweilig mutlos zu werden begann Er fühlte sich müde wie noch nie. Morgen wollte er am nördlichen Temseufer zwischen Blackfriars und Towerbridge die großen Speicher durchsuchen.

Scottland Yard hatte ihm weitgehendste Unterstützung zugesagt Die Gegend war ein Gewirr merkwürdig verschlungener Gassen die vom Ufer herauf nach Canon- und Tower-Street führten.

Er hatte sich eigentlich eine Rast von mehreren Stunden gönnen wollen und befand sich schon wieder auf dem Wege und der Suche nach den beiden Verschollenen Irgendwie mußte ihm der Zufall doch einmal zu Hilfe kommen.

Zwischen den schwindelnd hohen Giebeln der King Williams-Street, die nur ein schmales Band blauen Himmels sichtbar werden ließ, kamen aus dem Innern der Häuser helle Schreie: „Meat — meat — cat 's meat" Diese Aufforderung sich einzufinden, galt den Katzen, die zu tausenden auf öffentliche Kosten in den Speichern als Rattenvertilger gehalten wurden und denen man um diese Stunde Fleisch verabreichte.

Allmählich kam er durch die Canon-Street in einen gefährlichen Verkehrswirbel Eine wahre Menschen- und Wagenflut brach herein. Durch die Fleet-Street ergossen sich ihrer nach Hunderten. Unter seinen Füßen rollten zwei Eisenbahnlinien von West nach Ost Im Mansian-Hause strömte ein Teil der Fußgänger nach der unterirdischen Passage. Andere suchten durch die seltsamsten Gänge und Höfe, die nur den Eingeweihten bekannt waren, die Häuserviertel von einer Straße nach der anderen zu durchqueren.

Gegenüber der Bank von England herrschte ein geradezu mörderisches Gewimmel, dem er zu entgehen suchte, indem er in das nächstgelegene Restaurant der City flüchtete und dieses durch einen rückwärtigen Ausgang wieder verließ.

Da sah er den Bettler vom Sonntag obend auf der gegenüberliegenden Straßenseite an einer Häuserecke lehnen Ohne den Schritt zu beschleunigen, überquerte er den Fahrdamm und ging dicht an ihm vorüber

Er glaubte seinen Namen gehört zu haben und wandte sich um. Der Krüppel — der eine Arm hing leer aus dem Aermel — lehnte noch immer in gleicher Stellung und sah ihm nach.

„Ich will ihn im Auge behalten," dachte Tandey. „Der Kerl macht seine Sache schlecht Er kreuzt meine Wege zu oft. Erst gestern und heute schon wieder" Sein Erstaunen war maßlos, als er ihn eine Viertelstunde später in einer Droschke an sich vorüberfahren sah Der Krüppel hatte keinen Blick auf ihn

Als er kurz gegen 10 Uhr nach seinem Hotel zurückkam, fand er einen Brief auf seinem Zimmer, der für ihn abgegeben worden war Der Umschlag starrte vor Schmutz Was er enthielt, war ein Rätsel für sich:

Es war ein schmieriger Zettel, mit einem schlechtgezeichneten Viereck, in dessen Mitte ein Pfeil angebracht war. Ueber dem Pfeil stand ein einzelner Buchstabe, den er als „N" herausklügelte. Sonst nicht die Spur einer Andeutung.

„Ob der Briefträger das Ding abgegeben habe," fragte er den Etagenkellner

„Nein! Eine alte Frau."

Tandey steckte den schmutzigen Fetzen in die Brusttasche und warf sich angekleidet auf das Bett Jetzt noch über etwas nachzudenken, war geradezu unmöglich Trotzdem fand er keinen Schlaf. Die rätselhafte Mitteilung ließ ihn nicht ruhen.

Zudem war morgen ein Nationalfeiertag und von der belebten Straße herauf kam nicht endenwollendes Lärmen und Getöse Die arbeitenden Klassen, deren Ohr die ganze Woche hindurch von dem ununterbrochenem Geräusch der Maschinen ermüdet und abgestumpft war beeilten sich in Gesang und Musik zu schwelgen. (Fortsetzung folgt.

möglich, wenn jeder, der dazu in der Lage ist, seinen Bedarf deckt und den gewerblichen Mittelstand, Handwerk, Handel und Gewerbe, möglichst viele Aufträge erteilt. Arbeit, geregelte Tätigkeit sind die Grundlagen von Ruhe und Ordnung, die es aufrecht zu erhalten gilt. Deshalb heraus mit allen Arbeiten deren Vergebung noch zurückgestellt ist, damit als bestes Weihnachtsgeschenk möglichst vielen Volksgenossen das wird, was sie am meisten entbehren: Arbeit und Verdienst.

—* **Laßt die Oefen nachsehen!** Beim Beginn der Winterszeit mehren sich regelmäßig die Berichte über Brände durch fehlerhafte Feuerungsanlagen. Undichte Oefen und Herde, verrostete oder verrußte Ofenrohre, Schornsteine, mit Mauerrissen oder mit schadhaften, schlecht schließenden Reinigungstüren sind, wie die Erfahrung immer wieder lehrt, die Ursache solcher Brände. Weniger bekannt scheint es zu sein, daß diese Mängel auch eine ständige Gefahr für Gesundheit und Leben der Hausbewohner bilden, weil sie den alsdann sich in größerer Menge bildenden giftigen Kohlenoxydgasen Eintritt in unsere Wohn- und Wirtschaftsräume gestatten. Die Gefahr der Gesundheitsschädigung ist besonders groß, weil das farb- und geruchlose Kohlenoxydgas von unseren Sinnen nicht wahrgenommen wird. Mit den vorbezeichneten Mängeln behaftete Feuerungsanlagen sind schließlich unwirtschaftlich. Das Brennmaterial wird nicht voll ausgenutzt, ein Teil fliegt als unverbrannter Kohlenstoff in Form von Ruß und Flocken zum Schornstein hinaus, wodurch der Brennmaterialverbrauch eine empfindliche Steigerung erfährt. Es kann deshalb den Hauseigentümern und Wohnungsinhabern nur dringend angeraten werden, Oefen, Rauchrohre und Schornsteine einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen, bevor die strenge Winterkälte beginnt.

—* **Rundfunkstörung ist Besitzstörung.** Das Amtsgericht Kötzschenbroda hat kürzlich ein inzwischen rechtskräftig gewordenes Urteil gefällt, das für die Frage, ob Rundfunkstörung eine Besitzstörung bedeutet, von Interesse ist. Ein Rundfunkhörer in Kötzschenbroda hatte gegen einen benachbarten Lichtspielbesitzer Klage eingereicht, da er durch die elektrischen Schwingungen einer in dem Lichtspieltheater aufgestellten Vorführungsmaschine erheblich beim Rundfunkempfang gestört wurde. Das Gericht gab der Klage statt und verurteilte den Beklagten zur Unterlassung der Störungen bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe.

—* **Schwerkriegsbeschädigte und Heilbehandlung.** Die Anwendung der in der Notverordnung vom 26. Juli enthaltenen Bestimmung über Erhebung von Gebühren für Krankenscheine und ärztliche Verordnung auf die Versorgungsheilbehandlung der Kriegsbeschädigten hatte bei diesen allgemeine Ablehnung gefunden. Die am 1. Dezember d. J. vom Reichspräsidenten unterzeichnete neue Notverordnung enthält nunmehr, wie der Verband der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen des Deutschen Reichskriegerbundes „Kyffhäuser" von zuständiger Seite erfährt, eine Befreiung von den Krankenschein- und Rezeptgebühren u. a. für die versicherten Kriegsbeschädigten soweit sie eine Rente von 50 Prozent oder mehr beziehen und für die den Krankenkassen zugeteilten Kriegsbeschädigten, soweit sie Zusatzrente beziehen.

Halver

—l **Eine musikalische Feierstunde** veranstaltete am gestrigen Sonntag nachmittag der Ev. Kirchenchor in unserer Kirche. Zur Mitwirkung waren gewonnen, die Solisten Herr Hans Sträter, Herr Hans Graß, Herr Karl Vogel und Herr Kirschbaum, sämtlich aus Solingen, und Frl. Becker-Halver, der M.-G.-V. Liedertafel, das Streichorchester der musikalischen Vereinigung Halver und der Kirchenchor. Wir müssen es vorab sagen, der Dirigent des Kirchenchors, Herr Lehrer Kurtze, hatte sich hier eine große Aufgabe gestellt in der Wiedergabe der „Weihnachts-Kantate" von C. Hirsch, die aber glänzend gelöst wurde. Einleitend spielte Herr Walter Köster den Orgelvortrag „Gloria in excelsis deo", anschließend sang der Evangelien- und Oratoriensänger Herr Sträter und Herr Graß mit Orgelbegleitung ein Duett aus Paulus. Dann folgte der Vortrag des M.-G.-V. Liedertafel „Hosiana dem Sohne Davids" mit Orgelbegleitung. Wuchtig erscholl die Akkorde durch den weiten Raum der Kirche. Diesem Vortrag folgte das große Meisterwerk von C. Hirsch „Die Weihnachtskantate", das große Anforderung an Chor, Solisten, Orchester, Orgel und vor allem an den Dirigenten stellte. Wir müssen es uns versagen, näher auf die Einzelheiten des Vortrages einzugehen. Es klappte, wie man sagt: „wie am Schnürchen" und war diese Wiedergabe ein wirklicher Genuß für den Zuhörer. Ein brausender Beifall wäre den Vortragenden sicher gewesen, wäre diese Vortragsfolge in einem öffentlichen Lokal gegeben worden. Dem Dirigenten Herr Lehrer Kurtze gebührt der wärmste Dank für diese musikalische Feierstunde. Seiner Mühe und Arbeit ist es in erster Linie zu danken, daß das Meisterwerk dieser hervorragenden Weihnachtsmusik uns geboten wurde. Die einzelnen Partien des Kirchenchores, der Solisten und des Streichorchesters wirkten vortrefflich und versetzten uns in die Zeit der Weihnachtsmär. Gegen 7 Uhr war das Kirchenkonzert beendet.

Kierspe

—s **Eine Generalversammlung der Abteilung Kierspe des S. G. V.** fand am Samstag abend im Berliner Hof geleitet von dem Vorsitzenden, Herrn Bürgermeister Hiltebrandt statt. In Abwesenheit des Kassierers gab der Vorsitzende einen Ueberblick über die Kassenverhältnisse. Hiernach hatten Einnahme und Ausgabe sich gedeckt. Im Zusammenhang damit konnte festgestellt werden, daß im Laufe das Jahres eine Anzahl weitere Bänke aufgestellt worden sind. Die Abteilung hat nunmehr in ihrem Bezirk 24 Bänke stehen, und zwar auf dem Sportplatz, an der Jugendherberge (3), im Busch (3) an der Tingslinde, im Vollmer sperre (6), bei Linden, oberhalb Woeste, bei Burg, am Einberg mit Aussicht auf die Jubachsperre, an der Jubachgang der dünnen Berken, bei Neuenhagen, oberhalb Elbringhausen, auf der Mark, am Handweiser Bollwerker Weg, und bei Dürhölten. Erfreulicherweise sind die Bänke durchweg in bester Verfassung, und vor rohen Gewalten, denen sie früher oft ausgesetzt waren, bewahrt geblieben. Unter Punkt 2 stimmte man einem Vorschlage zu, das Winterfest gemeinsam mit der Ortsgruppe des Skiklubs Sauerland zu begehen. Als Termin wurde Sonntag der 1. März bestimmt. Die Veranstaltung soll im kleinen Saale des Hotels Berliner Hof stattfinden. Betreffs der Wanderungen für 1931 wurde beschlossen, einen Gemeindegrenzgang zu veranstalten, der für manchen von großem Interesse sein dürfte. Vorgesehen sind 3 Touren. Die erste Tour ist für den 31. Mai vorgesehen, und erstreckt sich von Weißenpferd bis Oberbrügge. Die zweite findet am 21. Juni statt, und geht von Weißenpferd bis Elbringhausen. Die dritte Tour am 19. Juli erstreckt sich von Oberbrügge bis M.-Schmidthausen. Der bisherige Beitrag von RM. 3.— soll auch für 1931 bestehen bleiben. Die Ortsgruppe verfügt über einen Bestand von etwa 45 Mitgliedern.

—s **Ein ehrlicher Finder.** Auf dem Friedhof fand jemand einen Geldbeutel mit einem größeren Geldbetrag. Glücklicherweise besaß der Finder eine grundehrliche Natur. Er versuchte, den Verlierer ausfindig zu machen, was ihm auch nach einigen Tagen gelang. Auf die wohlverdiente Belohnung verzichtete der Finder obendrein.

Kierspe-Bhf.

—b Der **Imkerverein Kierspe-Bhf.** hielt am Samstag abend im Hotel Bastian hierselbst seine Mitgliederversammlung ab. Der Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Beschlußfassung über die Feier des diesjährigen gemütlichen Abends. Wenn auch die Verhältnisse schlecht sind, so will der Verein doch im Kreise seiner Mitglieder nebst ihren Damen am 10. Januar im Hotel Bastian einen gemütlichen Abend in althergebrachter Weise veranstalten. Eine Gratisverlosung soll ebenfalls stattfinden. Nach Besprechung einiger interner Angelegenheit wurde die Versammlung in vorgerückter Stunde geschlossen.

—b **Die lange gehegten Wünsche der Anwohner der Wilhelmstraße sind etwa nunmehr in Erfüllung gegangen. Im Rahmen der diesjährigen Wegearbeiten ist es möglich gewesen, auch die Wilhelmstraße auszubauen. Der bisherige völlig unfahrbare Weg ist erbreitert und mit einer Steindecke versehen worden, wodurch es jetzt endlich den Anliegern möglich ist, ihre Häuser mit einem Fuhrwerk zu erreichen. Wenn aber die berechtigten Wünsche ganz erfüllt werden sollen, so ist es unbedingt erforderlich, eine Straßenlampe in der Gegend der Landjägerstation anzubringen, denn grade an dieser Stelle herrscht eine Finsternis, die es einem Unbekannten keinesfalls gestattet, diese Straße zu passieren.**

Verse b. Herscheid. Feuer. Donnerstag morgen brach auf dem Heuboden des Invaliden August Cordt, Verse b. Herscheid Feuer aus. Die Brandwehr, die sehr schnell zur Stelle war, war bald Herr des Feuers, sodaß es nicht weit um sich greifen konnte. Die Möbel mußten aus dem Hause gebracht werden da das Wasser durch die Decken floß. Da Heu und Stroh, der Vorschrift entsprechend weit genug vom Kamin entfernt lag und auch keine Lichtleitung auf dem Boden ist, kann man sich die Entstehung des Brandes nicht erklären.

Celle. Die Unterschlagungen bei der Krankenkasse. Zu den Unterschlagungen bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse für das vormalige Amt Celle ist mitzuteilen, daß der Geschäftsführer Landgrebe zurückgekehrt ist und sich gestellt hat. Die Untersuchung wird noch längere Zeit andauern, so daß bestimmte Angaben über die Höhe der fehlenden Gelder im Augenblick noch nicht gemacht werden können. Das vorliegende Material ist jedoch zweifellos belastend.

Braunschweig. Erneuter Eisenbahnanschlag. Von unbekannter Hand sind zwischen dem Haltepunkt Barnum und dem Bahnhof Schandelah an einer Schiene der Strecke Magdeburg—Braunschweig beide Laschen und innere Schwellenschrauben gelöst worden. Außerdem hat der Täter versucht, die Schiene nach innen umzubiegen. Durch die Aufmerksamkeit des Streckenpersonals wurde der Anschlag rechtzeitig erkannt und der Eilzug 142 vor der Attentatstelle angehalten.

Osterode. Politische Schlägerei. In einer nationalsozialistischen Versammlung, in der Reichstagsabgeordneter Jordan-Jena sprach, kam es zu starken Ausschreitungen, nachdem kommunistische Elemente von Anfang an versucht hatten, die Versammlung zu stören. Als herbeigerufene Polizeikräfte erschienen, war es gerade zu einer regelrechten Saalschlacht gekommen, nachdem von kommunistischer Seite zu Gewalttätigkeiten aufgefordert worden war. Es kam zu Tätlichkeiten, wobei Versammlungsteilnehmer mit Biergläsern und Stühlen aufeinander losgingen und die Inneneinrichtung des Lokals zum Teil in Trümmer ging. Trotz des Einschreitens der Polizei setzte sich die Schlägerei auf der Straße fort. 27 Personen trugen Verletzungen davon. Vier Kommunisten wurden verhaftet.

Herford. Zeitungsverleger Kuhle gestorben. Der Besitzer und Verleger der Herforder Zeitung, Friedrich Kuhle, ist plötzlich von einem Schlaganfall dahingerafft worden. Er war am öffentlichen Leben vielfach beteiligt. Im Jahre 1919 wurde er als demokratischer Abgeordneter zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung entsandt.

Osnabrück. Staatliche Reit- und Fahrschule im Landgestüt. Im Landgestüt Osnabrück-Eversburg hat der preußische Landwirtschaftsminister Dr. Steiger in Anwesenheit des Oberlandstallmeisters Gatermann, des Regierungspräsidenten Dr. Sonnenschein sowie zahlreicher Vertreter des Ministeriums und der Regierung eine staatliche Reit- und Fahrschule eröffnet. Damit ist die älteste Reit- und Fahrschule der Provinz Hannover, die seinerzeit von den Züchtern des Kreises Osnabrück gegründet, später aber das Opfer der Inflation wurde, erneut ins Leben gerufen worden. Im Interesse der inzwischen gegründeten Reit- und Fahrschulen in der Provinz werden an der staatlichen Reit- und Fahrschule Schüler aus den Regierungsbezirken der Provinz Hannover, in denen sich Reit- und Fahrschulen befinden, nicht aufgenommen. Der erste Kursus soll am 4. Januar beginnen.

Hannover. Der Lohnstreit in der Metallindustrie. Die Verhandlungen, die zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden im Lohnstreit der hannoverschen Metallindustrie stattgefunden haben, sind, wie wir hören, ergebnislos verlaufen. Konkrete Vorschläge sind von keiner Seite gemacht worden, so daß die Verhandlungsmöglichkeiten zwischen den Parteien im Augenblick erschöpft sind. Nunmehr wird der Schlichter, der schon in Hannover eingetroffen ist, in den Streit eingreifen.

Stade. Von der Regierung. Der bisherige Pressedezernent der Regierung, Regierungsrat von Werder, ist an das Polizeipräsidium in Berlin versetzt. Die Leitung der Pressestelle bei der Regierung hat der Oberregierungsrat von Klinckowström übernommen. Sein Vertreter ist Regierungsassessor Freiherr Schenck zu Schweinsberg.

Wesermünde. Verschüttet und nach fünf Stunden lebend geborgen. In Alfstedt wurde der Landwirt Kück beim Abdecken eines alten Brunnens verschüttet. Er hatte einen neuen Brunnen gebaut und begann den alten vom Grunde aus abzudecken. Dabei stürzte der Brunnen zusammen und Kück wurde in einer Tiefe von über zehn Metern lebendig begraben. Da er auf der Leiter stand, als der Zusammenbruch erfolgte, steckte er geistesgegenwärtig den Kopf durch die Leitersprossen, so daß er weiter atmen konnte. Die zu Hilfe gerufenen Einwohner arbeiteten in Stärke von etwa 150 Mann fünf Stunden lang an der Befreiung Kücks, die auch endlich glückte. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Das Unglück entstand dadurch, daß Kück aus bisher unbekanntem Grunde entgegen allen Gepflogenheiten den Brunnen von unten aus abbrechen wollte.

Oberg. Ein Hellseher auf der Suche nach Oelquellen. **Wie die „Peiner Zeitung" meldet, hat auf dem hiesigen Oelgebiet der Hellseher Hanussen Versuche mit einer Wünschelrute angestellt, die ergeben haben sollen, daß in größerer Tiefe reichhaltige Oellager vorhanden sind und daß die bisherigen Bohrungen nur Nebenlager getroffen haben. Die Nebenlager sollen durch die Hauptlager in der größeren Tiefe gespeist werden.**

Peine. Die Lage der Zuckerrübenbauenden Landwirtschaft. Hier fand eine stark besuchte Versammlung der Zuckerrübenbau treibenden Landwirtschaft statt, bei der auch Vertreter vieler Zuckerfabriken Niedersachsens erschienen waren. Das Hauptreferat hielt Oberstleutnant a. D. von Ludwiger-Halle, der auf die Gefahren der in der Notverordnung des Reichspräsidenten enthaltenen Ermächtigung zur Kontingentierung für die Zuckerindustrie hinwies. Er forderte zum Zusammenschluß der gesamten Zuckerindustrie auf.

Braunschweig. Berufungsverhandlung Dr. Franzen-„Volksfreund". Die Berufungsverhandlung in Sachen der vom Minister Dr. Franzen gegen den „Volksfreund" erlassenen einstweiligen Verfügung findet am Donnerstag, dem 18. Dezember, vor dem Oberlandesgericht Braunschweig statt. Die erste Verhandlung fand am 5. November vor der 4. Zivilkammer des Landgerichts statt, und das am 17. November verkündete Urteil erklärte die einstweilige Verfügung als zu Recht bestehend. Gegen dieses Urteil haben die Antragsgegner Berufung eingelegt. Das Oberlandesgericht ist sich noch nicht darüber schlüssig, ob eine abermalige Ladung der Zeugen erfolgen soll oder ob auf ihre erneute Vernehmung verzichtet werden kann.

Bad Pyrmont. Zum Bankkrach. Die vom Gericht geleitete Gläubigerversammlung der Pyrmonter Bank hat die bisherigen Maßnahmen des Konkursverwalters Dr. Rosenkranz gutgeheißen. Der Ausschuß und der Verwalter wurden bestätigt. Die Differenzgeschäfte, die zum Konkurs geführt haben, gehen bis auf den Anfang des Jahres zurück. Ein endgültiger Status konnte noch nicht vorgelegt werden, doch sind etwa 75 Prozent in der Masse vorhanden. Es ist Aussicht vorhanden, daß sich die Quote noch erhöhen kann.

Detmold. Neue Verhaftungen unter Brandstiftungsverdacht. Wie berichtet, wurden im lippischen Norden vor kurzem mehrfach Verhaftungen wegen der Brandstiftungen in Stemmen und Umgegend im Jahre 1928/29 vorgenommen. Nunmehr wurden drei Personen verhaftet und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt.

Oetinghausen. Zusammenstoß mit der Kleinbahn. Bei der Ueberführung der Kreisstraße über den Bahnkörper der elektrischen Kleinbahn kam es zu einem schweren Verkehrsunfall. Kurz hinter dem Bahnhof scheuten vor einem herannahenden Zuge die Pferde eines Fuhrwerks und rasten auf den Kleinbahnzug zu. Der zweite Wagen des Zuges wurde von dem herumschleudernden Fuhrwerk, das bereits ein Rad verloren hatte, getroffen. Der Anprall war so stark, daß sämtliche Fensterscheiben des Kleinbahnwagens in Trümmer gingen. Durch die umherfliegenden Glassplitter erlitt ein Fahrgast Verletzungen.

Rheine. Bestohlener Dieb. Ein Angestellter einer Osnabrücker Firma eignete sich bei dieser widerrechtlich 420 Dollarnoten an. Mit diesem Betrage fuhr er zur hiesigen Deutschen Bank, wo er das Geld in deutsche Valuta umwechselte. Dann besuchte er mehrere Wirtschaften und machte bis zum nächsten Morgen eine Bierreise. Von dem Gelde war nichts mehr vorhanden, wahrscheinlich ist es ihm gestohlen worden. Diesen Diebstahl meldete er der Polizei, die ihn als ursprünglichen Dieb zunächst festnahm und nun nach dem Diebe fahndet, der den Dieb bestahl.

○ **Eine sechsköpfige Brandstifterbande samt dem „Branddirektor" verhaftet. In Detmold wurden sieben Brandstifter verhaftet. Sie haben eingestanden, in sieben Fällen gegen eine Belohnung von je 200 Mark Brände angelegt zu haben, durch die die Versicherungsgesellschaften veranlaßt wurden, an die Geschädigten über 300 000 Mark zu zahlen. Nach den bisherigen Feststellungen sind die Brände im Einvernehmen mit den Besitzern der niedergebrannten Gebäude, meist wohlhabenden und hochversicherten Bauern, angelegt worden. Der Führer der Brandstifterbande ist ein Arbeiter Weiß, der in Lippe unter dem Spitznamen „Branddirektor" bekannt ist.**

⊙ **Der große Petroleumbrand in Avignon.** Der schwere Brand, der in einem großen Petroleumlager in Avignon zum Ausbruch kam, dauerte einen ganzen Tag. 25 000 Liter Petroleum und 15 000 Liter Öl wurden ein Raub der Flammen. Ein weiteres Lager von 40 000 Litern Petroleum, das etwas von dem eigentlichen Brandherde entfernt lag, konnte gerettet werden.

Arbeitslosigkeit und kein Ende.

Tausend Rezepte und keines brauchbar. Alles dreht sich im Kreise. Der Arbeitsmangel soll durch Arbeitszeitverkürzung behoben werden. Die Arbeitszeitverkürzung soll aber nach Ansicht eines großen Teiles der Arbeitnehmer keine Lohnverkürzung zur Folge haben, weil sonst die Kaufkraft der breiten Masse noch mehr sinkt, also der Warenumsatz noch mehr zurückgeht. Geht der Warenumsatz zurück, muß notwendigerweise die Fabrikation weiter eingeschränkt werden. Der Rückgang des Warenumsatzes und die Einschränkung der Fabrikation führen zur Existenzunfähigkeit zahlreicher Unternehmungen. Die Folge davon ist wieder, daß das Arbeitslosenheer noch mehr vergrößert wird. Die für die Arbeitslosenunterstützung aufzuwendenden Riesenbeträge bringen die Etats der Länder in Unordnung. Neue Steuern müssen gefunden werden, die wieder die Einnahmen aller Bevölkerungsschichten schmälern.

Ganz Schlaue kamen auf die Idee, die jetzt für Erwerbslosenunterstützung aufgewandten Beträge besser der Industrie zufließen zu lassen, damit diese die durch Arbeitszeitverkürzungen bei gleichbleibendem Lohn entstehenden Mehrausgaben damit zum Teil decken kann und so die unproduktiven Unterstützungsanträge in produktive Leistungen umgewandelt werden können.

Alle Vorschläge sind zur Unfruchtbarkeit verdammt, wenn nicht die Grundübel, die zur Verarmung Deutschlands geführt haben, beseitigt werden: „Die handelspolitische Auswirkung des Versailler Vertrags, die unerträglichen Reparationslasten und die aufgeblähten Verwal-

tungsapparate des Reiches, der Länder und der Städte." Diese Grundübel zu beseitigen, ist zwar eine schwere, aber die wichtigste Aufgabe der Vertreter des deutschen Volkes. Bis diese Aufgabe gelöst ist, müssen aber sämtliche Wirtschaftskreise alles tun, was in ihren Kräften steht, um einer weiteren Verarmung Deutschlands vorzubeugen, die Wirtschaftlichkeit zu heben und den Wohlstand des deutschen Volkes zu verbessern. Dazu kann jeder beitragen, wenn er sich dessen bewußt ist, daß er mit dem Erwerb irgend eines Artikels, der im Ausland hergestellt oder vom Ausland bezogen wird, die deutsche Wirtschaft schädigt. Deutschland ist, abgesehen von einigen Rohstoffen, bezüglich der Versorgung seiner Bevölkerung mit Industrie- und Handelswaren, Artikeln des täglichen Bedarfs und Lebensmitteln gänzlich unabhängig vom Ausland. Wir brauchen keine amerikanischen Maschinen, keine englischen Stoffe, keine französischen Parfüms und Weine, keine holländischen Gemüse, keine tschechischen Biere und dergleichen mehr. Die Tschechen propagieren systematisch den Boykott deutscher Waren. Von Gegenmaßnahmen in Deutschland hört man nichts.

Geradezu beschämend ist es, daß deutsche Verleger die Werke deutscher Gelehrter und deutscher Dichter im Ausland drucken lassen, weil dort infolge niedrigerer Löhne und verbilligter Produktionsmöglichkeit die Herstellungspreise für Bücher etwas billiger sind. Jeder Deutsche, der ein deutsches Buch kauft, müßte sich vor dem Kauf davon überzeugen, ob das Buch eine deutsche Druckfirma trägt. Auch die deutsche Industrie und der deutsche Handel, die sich selbst bitter darüber beklagen, daß ihre Abnehmer wegen kleiner Vorteile vom Ausland kaufen, lassen vielfach ihre Kataloge und sonstige größere Drucksachen im Ausland anfertigen.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug im Oktober 1929 1 557 146 und im Oktober 1930 3 252 082. Angesichts dieser katastrophalen Zahlen muß jeder Deutsche sein Scherflein dazu beitragen, um diese Arbeitslosigkeit herabzumindern. Das kann jeder, wenn er dem Grundsatz huldigt: **„Ich kaufe nur deutsche Waren."**

„Erblich belastet."

Wichtige Fragen der Erbforschung.

Das Rätsel der Vererbung steht heute in der Medizin und in der Kriminalistik mehr denn je im Mittelpunkte des Interesses. Besondere Eigenschaften körperlicher oder geistiger Art, Talente und Begabungen, Fehler und verbrecherische Anlagen werden jetzt gern auf das Konto „Vererbung" gebucht. Das Kind wird unter dem Gesichtswinkel der Vererbung besonders aufmerksam beobachtet und Krankheiten vor allem werden heute mehr als früher als auf dem Boden erblicher Belastung erwachsen erklärt.

Eine gewisse Ordnung in diese Dinge versucht die moderne Erbforschung zu bringen: sie sucht an großem Menschenmaterial nachzuprüfen, was an den vielen Theorien richtig und was übertrieben oder lächerlich ist. Die Institute, die sich mit solchen Fragen beschäftigen, können nur langsam vorwärtskommen, so daß die jetzt schon faßbaren Zahlen, mögen sie auch in die Tausende gehen, noch immer nicht so groß sind, als daß man bindende Schlüsse daraus ziehen könnte. Man kann aber trotzdem schon heute über diese oder jene Frage aus dem Vererbungskomplex so viel sagen, daß man bestimmte Schlüsse und Folgerungen bezüglich der „Erbhygiene" ziehen kann.

Zunächst kann man ja von der breiten Voraussetzung ausgehen, daß schließlich alles im Menschen vererbt oder vererbbar ist. Im Laufe der Entwicklung des einzelnen wird es jedoch darauf ankommen, welche seiner ererbten Anlagen zur Ausbildung kommen und welche verkümmern. Heute wie von jeher kennen wir Musikerfamilien, Dichterfamilien, Akrobatenfamilien usw., Familien also, in denen sich bestimmte Talente vererbt haben oder doch vererbt haben sollen. Es ist nämlich bei den oft recht unterschiedlichen Leistungen von Vater und Sohn immer noch fraglich, ob es sich wirklich in allen Fällen um vererbte Talente auf den bezeichneten Sondergebieten handelt oder ob nicht vielmehr auch Milieueinflüsse dabei eine erhebliche Rolle spielen, wie etwa bei Beamtenfamilien, bei Lehrerfamilien usw., wo von den männlichen Nachkommen seit Generationen immer wieder dieselben Berufe ergriffen werden und bei denen trotzdem kein Mensch ernsthaft von „Vererbung" wird sprechen dürfen.

Beim Verbrecher ist die Aufwerfung der Frage der Vererbung geradezu üblich geworden: wenn nichts mehr hilft, forscht man nach, ob er nicht vielleicht „erblich belastet" sein könnte. Man wird nun wohl bei den Vorfahren großer Verbrecher hier und da psychopathische Eigenschaften nachweisen und diese dann in Andeutungen oder starken Zuspitzungen bei dem in Frage stehenden Verbrecher wiederfinden können, aber es wäre ganz falsch und unsachlich, wenn man daraus schlösse, daß nunmehr in dieser Familie in jeder Generation Verbrecher geboren werden müßten. Insbesondere haben neue Forschungen auch ergeben, daß die Nachkommenschaft der chronischen Alkoholisten durchaus nicht degeneriert zu sein braucht, sondern sich in Leistung und Verhalten ganz unauffällig dem Gesellschaftsleben einordnen kann, so daß von dem oft erwähnten „Fluch der Vererbung" hier absolut nichts zu spüren ist.

Besonders intensiv hat man sich mit der Vererbung von geistigen Erkrankungen beschäftigt. Es gibt aber da nur wenige fest umrissene Krankheiten, von denen man sagen kann, daß sie in jeder Generation oder gar bei jedem Nachkommen auftreten müssen. Es handelt sich hierbei um einige glücklicherweise recht seltene Nervenerkrankungen und im Bereich der Seele um das sogenannte „manisch-depressive Irresein". Hier herrscht tatsächlich eine Vererbung vor, d. h. derartige Kranke geben einem Teil ihrer Nachkommen das schwere Leiden als Schicksal mit auf den Lebensweg. Viele andere Geisteskrankheiten treten dadurch, daß wieder gesundes Blut in die Familie kommt, in den Hintergrund, aus dem sie allerdings bisweilen mit überraschender Plötzlichkeit wieder hervorbrechen können.

Wie wir sehen, bemüht sich die Wissenschaft mit Eifer, Klarheit auf diesem schwierigen Gebiete zu schaffen, und diese Klärung der in Betracht kommenden Fragen ist um so notwendiger, als gerade auf dem Gebiete der Vererbung mannigfache unklare Vorstellungen, die hart an den Aberglauben grenzen, Platz gegriffen haben. Eine praktische und für unser ganzes Volk überaus wichtige Folgerung aus diesen Forschungsergebnissen ist die ärztliche Eheberatung, insbesondere bezüglich der Aussichten auf eine gesunde Nachkommenschaft. Es ist vom Laien zu fordern, daß er sich, falls irgendwelche Bedenken in dieser Richtung bestehen, an seinen Arzt wende — es ist vom Arzt zu fordern, daß er über den jeweiligen Stand der überaus wichtigen Vererbungswissenschaft stets auf dem laufenden bleibe.

Dr. H. S.

Sensationsprozeß in Detmold.

Meineidsverfahren gegen den Präsidialrat Heise.

Detmold steht vom Montag ab im Zeichen eines Sensationsprozesses. Angeklagt ist der erste Staatsbeamte des Landes, Präsidialrat, Landespolizei- und Strafanstaltsdirektor Max Heise wegen Meineids. Den Vorsitz führt Landgerichtsrat Dr. Ebert, Vertreter der Staatsanwaltschaft ist Staatsanwalt Schlingmann. Insgesamt werden etwa 50 Zeugen vernommen.

Der Angeklagte ist aus dem Landesstrafanstaltsprozeß gegen den inzwischen verurteilten Hauptwachtmeister Harder bekannt. Dem Präsidialrat Heise wird zur Last gelegt, in dem Strafverfahren gegen Strafanstaltshauptwachtmeister Harder vor dem Erweiterten Schöffengericht in Detmold den vor seiner Vernehmung geleisteten Eid wissentlich durch ein falsches Zeugnis verletzt zu haben. In dem Prozeß Harder wurde Präsidialrat Heise bei seiner Vernehmung über die Vorgänge in der Landesstrafanstalt gefragt. Hierbei äußerte er, daß er über die Verfehlungen des Verfahrens gegen Harder von den in der Strafanstalt herrschenden Mißständen keine Ahnung gehabt habe. Erst durch die Anzeige gegen Harder habe er von den Vorfällen Kenntnis bekommen. Diese Aussage soll falsch gewesen sein. Ferner bekundete Präsidialrat Heise in dem damaligen Prozeß, daß auf Veranlassung des Wachtmeisters Güse ein Untersuchungverfahren eingeleitet worden sei. Güse habe von der Regierung eine Rüge erhalten. Er sei hierüber verärgert gewesen und habe sich entschlossen, seinen Dienst bei der Strafanstalt zu quittieren. Er, Heise, sei darüber betroffen gewesen, und habe bedauert, daß Güse ausscheide, weil er an sich ein brauchbarer Beamter gewesen sei. Auch hier wurde aus den Akten festgestellt, daß das Verfahren gegen Güse auf Veranlassung der Strafanstalt, also Heises, eingeleitet war, mit dem Antrag auf Entlassung aus dem Dienst oder Versetzung in ein anderes Amt. In der Hauptverhandlung wurde der damalige Zeuge Heise von dem Rechtsanwalt Petri danach gefragt, ob es richtig sei, daß er im Laufe des Verfahrens gegen den Hauptwachtmeister Harder beim Landespräsidium vorstellig geworden sei, um dem Oberstaatsanwalt Dr. Tornau die Untersuchung aus der Hand zu nehmen und in andere Hände zu legen. Der damalige Vorsitzende des Schöffengerichts richtete dann an den Zeugen Heise die Frage, ob er dem Landespräsidium gegenüber in irgend einer Weise nach der Richtung hin einzuwirken versucht oder eingewirkt habe, daß die Leitung des Strafverfahrens gegen Harder dem zuständigen Oberstaatsanwalt entzogen wurde. Diese Frage beantwortete Präsidialrat Heise mit einem glatten „Nein". Dieses „Nein" soll ebenfalls nicht richtig gewesen sein. Sodann hat Heise während der Verhandlung auf eine Frage des Rechtsanwalts Petri, ob er bei der Durchführung des Strafverfahrens in einem bestimmten Falle die Akten eingesehen hätte, dahingehend geantwortet, daß er über den Fall unterrichtet gewesen sei, da die Sache in öffentlicher Sitzung verhandelt wurde. Es wurde aber festgestellt, daß die Verhandlung unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefunden hatte. In allen diesen Punkten soll Heise der Anklage zufolge die Unwahrheit gesagt haben.

Sieben Brandstifter verhaftet.

Fünfzehn Brandstiftungen im Lipperlande aufgeklärt.

In den letzten Tagen wurden in Detmold, wie berichtet, insgesamt sieben Personen unter dem Verdacht, im lippischen Norden Brandstiftungen vorgenommen zu haben, festgenommen. Diese sieben Verhafteten haben jetzt volle Geständnisse abgelegt. Sie haben eingestanden, in fünfzehn Fällen Brände vorsätzlich gegen ein Entgelt von 200 Mark in jedem Falle angelegt zu haben. Als Haupttäter kommt ein Arbeiter Weiß in Frage, der im lippischen Norden unter dem Spitznamen „Branddirektor" bekannt war und schwer vorbestraft ist. Die Brandkasse und die Versicherungsgesellschaften haben im Verlauf der Brände an die Geschädigten über 300 000 Mark an Entschädigung gezahlt. Jetzt hat sich herausgestellt, daß die Brände im Einvernehmen mit den Besitzern angelegt wurden, und daß es sich dabei in den meisten Fällen nicht um eine Notlage handelte. Mehrere hochversicherte gutsituierte Bauern, besonders in Stemmen, wollten ihr Haus abbrennen lassen, um Neubauten errichten zu können.

Sieben Häuser durch Erdrutsche zerstört.

20 Personen verletzt.

Wie aus Thessalien gemeldet wird, bestätigen sich die Nachrichten über größere Erdrutsche in der Nähe der Stadt Trikkala. Sieben Häuser sind dabei eingestürzt und völlig zerstört worden, während zahlreiche weitere Häuser stark beschädigt wurden. Der Bevölkerung hat sich eine große Panik bemächtigt, da die Zahl der Verwundeten bereits 20 übersteigt und man weitere Erdsenkungen befürchtet. Die Einwohner der geschädigten Ortschaften nächtigen im Freien und weigern sich, in die gefährdeten Häuser zurückzukehren.

Schweres Autobusunglück.

21 Personen verletzt.

In der Nähe von Klein-Herrlitz bei Troppau hat sich ein schwerer Verkehrsunfall ereignet. Ein nach Römerstadt fahrender Autobus, der Theaterbesucher beförderte, stieß mit einem Personenkraftwagen zusammen, wobei das Auto umstürzte. Von den 25 Insassen wurden 21 Personen verletzt, davon mehrere schwer.

Der Kampf um den Remarque-Film.

In dem Kampf um den Remarque-Film verlautet, es gebe kein Mittel, um die Filmprüfstelle anzurufen, wenn dies nicht ein Land verlange. Das sei bisher noch nicht geschehen. Das preußische Innenministerium habe keine Veranlassung einzugreifen. Am Sonntag kam es vor dem Lichtspiel-Theater, wo der Film aufgeführt wird, wieder zu Krawallen. Die Polizei schritt ein und machte vom Gummiknüppel Gebrauch.

Schlußdienst.

Vermischte Nachrichten vom 7 Dezember.

:: **Berlin**, 9. Dez. **Der Zentrumsabg. Felix Porsch ist im Alter von 78 Jahren gestorben.**

Neuer polnischer Gesandter für Berlin.

Warschau. Das Regierungsblatt „Kurjer Czerwony" berichtet von einem bevorstehenden Revirement im polnischen auswärtigen Dienst. So soll an Stelle des Gesandten in Berlin, Knoll, der bisherige stellvertretende Außenminister Wysocki treten, der ursprünglich als Botschafter für Angora in Aussicht genommen worden war.

Keine Giftgase im Nebel bei Lüttich.

Brüssel. Die Ärzte, die mit der Untersuchung der rätselhaften Todesfälle bei Lüttich betraut wurden, haben nunmehr festgestellt, daß der schwere Nebel keinerlei Giftgase enthalten habe und daß die Toten zumeist herz- und lungenleidende Personen gewesen seien. Ein Arzt behauptet, selbst Beschwerden durch den Nebel empfunden zu haben. Zahlreiche Erkrankte erklärten, daß sie in der Kehle das Gefühl des Brennens verspürt hätten. Die Lage hat sich bei Lüttich insofern gebessert, als der Nebel abgenommen hat.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halver i. Westf.

Kleiderstoffe in Wolle, Seide und Kunstseide, Lindener Samt u. Hauskleiderstoff finden Sie in größt. Auswahl bei **F. W. Maas, Lüdenscheid.**

Bekanntmachung.

Die genehmigte Biersteuerordnung der Gemeinde Kierspe liegt vom 10 ds. Mts. an auf Zimmer 3 des Amtshauses 14 Tage lang zur Einsicht aus.

Kierspe, den 5. Dezember 1930.

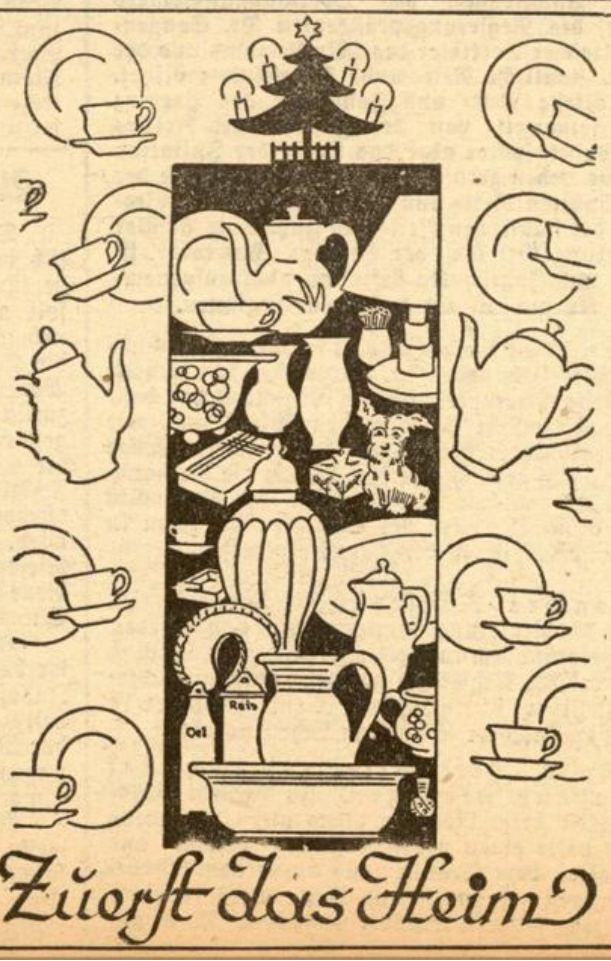
Der Gemeindevorsteher.

Schirm-Fabrik F. Bovet, Lüdenscheid. **Größte Auswahl! Billigste Preise! Eigene Fabrikation.**

Achtung! Preisabbau! Habe große Posten **Weihnachtsbäume** auch in kleinen Mengen **für 65 Pfg. pro Stück** abzugeben **Ernst Küch jr.** Forstkulturgeschäft Elbringhausen b Kierspe. Tel. Nr. 667 Amt Meinerzhagen.

Eisu-Metall-Holz-Betten Stahlmatr. Kinderb. Schlafzimm., Chaiselong. a. Priv. Ratenz. Katalog 1914 frei Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.

Alte, gebrauchte **Oefen** billig zu verkaufen. Näheres zu erfragen in der Geschäft des Allg. Anzeigers Halver.



Schöne nützliche Dinge

Tafelgeschirre, bestes Markenporzellan
Kaffeegeschirre in Porzellan und Steingut
Glasgarnituren und Bleikristall
Bestecke versilbert, in Alpakka und rostfrei
Geschenkartikel in jeder Preislage
Holz- und Messingwaren

zeigt Ihnen vor dem Fest in großer Auswahl

Wilh. Bell jr., Halver i. W.